

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. -- Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pf. für die 6 gepaltene Zeitspalte. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 15

Sonntag, den 13. April

1913

Der Terrorismusschwindel.

In der jüngsten Zeit ist plötzlich in der kapitalistischen Scharfmacherpresse ein Umschwung eingetreten, man liest verhältnismäßig darin sehr wenig über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Das hat seinen guten Grund.

Einmal hat die ganze bürgerliche Presse alle Hände voll zu tun, um Stimmung für die ungeheuerliche Heeresvermehrung zu machen, deren Lasten die arbeitenden Massen zu tragen haben. Denn sie müssen über hunderttausend Rekruten rekrutieren und dann werden sie auch die finanziellen Kosten in der Hauptsache zu tragen haben. Anders wird es nicht kommen, wenn die Deckung für die fortlaufenden Ausgaben im Reichstage gesucht wird. Dann ist es aber eine gefährliche Sache, gegen die Arbeiter zu gehen in dem Moment, wo man sie wegen der starken militärischen Zumutung mit Phrasen von Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit zu beruhigen suchen muß.

Nurherdem sind in letzter Zeit eine Reihe skandalöser Fälle vorgekommen, wo Streikbrecher -- zumeist angehebt von Streikbrecheragenten oder gar von Unternehmern -- mörderische Angriffe auf Leib und Leben streikender Arbeiter oder sogar auf unbeteiligte Leute unternommen haben. Bekannt ist ja die Revolte in Götting, wo eine Kette von auswärtig bezogenen Streikbrechern gehaust hat, als ob es keine Polizei gäbe, die für Ordnung zu sorgen hat. Freilich mußte die Polizei endlich zugreifen, denn die Bürgerwehr wurde von den verwilderten Elementen bedroht und mißhandelt. Aber wie die Sache zum Austrag gebracht worden ist, das wirkt eher ermutigend, statt warnend auf die rauflustigen „Arbeitswilligen“.

Wie muß die Justiz den anreizenden und draufgängerischen Streikbrecherflügel angefaßt hat, das zeigt folgende durch die Arbeiterpresse laufende Mitteilung:

Der Streikbrecherflügelagenten Ragnarek während des streikenden Zustandes in der Göttinger Waggonfabrik, wurde vom Schöffengericht in Götting wegen Leichter Körperverletzung zu 100 M Geldstrafe verurteilt. Gründe hatte im Juni v. J. mit noch 15 Kampagnen an einem Sonntagmorgen vor einem Café eine Streikbrecherflügelagenten, bei der die Schlichter der Unternehmer wahllos auf die Passanten einhieben und mehrere Leute schwer verletzten.

Der Streikbrecheragent Ragnarek ist bekanntlich in Hamburg jüngst ebenfalls bestraft worden wegen einiger Streiche seiner Agententätigkeit. Aber die ausgeworfenen Strafen drängen uns unwillkürlich die Frage auf: Wieviel Monate Gefängnis würden wohl Streikende erhalten haben, wenn sie wegen solcher Delikte vor Gericht geschleppt worden wären?

Das Wichtigste ist aber, daß die Scharfmacherpresse die Schandthaten des Streikbrecher den streikenden Arbeitern andichtet, mindestens aber behauptet, die „Arbeitswilligen“ seien von Streikenden provoziert worden. So wurde vorige Woche die Lüge in die Welt gesetzt, in Cassel seien schwere Ausschreitungen Streikender vorgekommen. Unständliche Möbeltransportarbeiter hätten auf Arbeitswillige geschossen. Natürlich wird nach solchen Schwindelnachrichten wieder nach „Schutz für Arbeitswillige“ geschrien.

Doch Lügen haben kurze Beine. Sehr schnell ist inzwischen festgestellt worden, daß die Streikbrecher die Schuldigen bei dem Vorfall sind. Wir geben hier die Darstellung des Falles aus dem Kasseler Arbeiterblatt wieder, die sich durch strenge Sachlichkeit auszeichnet; sie lautet folgendermaßen:

In der Marktstraße kam es zu schweren Ausschreitungen zwischen den auswärtigen Möbeltransportarbeitern und einer Gruppe Arbeitswilliger. Es entspann sich eine förmliche Straßenschlacht. Die Streitenden bearbeiteten sich mit Messern und Knütteln. Einen ersten Charakter nahm der Kampf aber erst dann an, als von beiden Seiten eine große Anzahl Revolvergeschosse gewechselt wurden, wodurch mehrere Personen schwere Verletzungen davontrugen. Auch einige Spaziergänger wurden von Revolverkugeln, allerdings unerschädelt, verfehlt. Es wurden auch in den benachbarten Häusern viele Fensterscheiben zertrümmert, und auch in dem historischen Gebäude, in dem die Gebäude der Gräber ihre Märchen geschrieben haben, wurden mehrere Fensterscheiben durch Revolverkugeln zertrümmert. Die Polizei nahm eine große Reihe von Verhaftungen vor. Erst nach einer Stunde konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. So lautet der Bericht der bürgerlichen Presse.

Inzwischen ist festgestellt worden, wie sich der Vorfall nach Verleihen unpatriotischer Augenzeugen in Wirklichkeit zugetragen hat. Der zu den auswärtigen Möbeltransporter gehörige Arbeiter Osterlag ging kurz nach 2 Uhr ganz allein in die Marktstraße hinauf, um seinen Graben und die Arbeiterwillige namens Hartmann, Schaub, Butt und Arndt. Osterlag sprach im Vorbeigehen Hartmann, dessen Freund er bisher war, an und redete ihm mit gültigen Worten zu, er möge die Arbeitswilligen Dienste doch einstellen. Das Gespräch dauerte einige Minuten, den drei anderen Arbeitswilligen anschließend zu lange, denn Schaub rief plötzlich den Hartmann zu: „Daß doch die Schläge gehen!“ Kurz darauf zogen die Arbeitswilligen -- außer Arndt, der fortging -- ihre Revolver und feuerten auf Osterlag gleichzeitig ein. Hartmann, Schaub, Butt und Arndt, wovon einige in die Fenster des Schaubes Wildemannsstraße, Marktstraße, drei aber an Kopf

und einer die Schulter Ostertags trafen. Osterlag brach blutüberströmt zusammen. Erst durch die Schüsse aufmerksam gemacht, begaben sich mehrere in der bürgerlichen Wirtshaus weisende streikende Möbelträger auf die Straße und verjagten die Revolververletzten Kameraden aus den Händen der Revolververletzten zu befreien. Durch die sofort herbeigeeilte Polizei wurden die Streikbrecher Butt und Hartmann auf der Straße, Schaub auf der Flucht verhaftet. Ostertags Verletzungen sind glücklicherweise nicht schwer. Nach der Verhaftung der arbeitswilligen Revolververletzten lief die Menge bald wieder.

Daß der blutige Austritt von den Arbeitswilligen provoziert worden ist, bestätigte dem Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes gegenüber auch Herr Dr. Köhler, der bei dem Vorfall von Beginn an vom Fenster seiner Wohnung aus zugehört hat.

Wie weiter gemeldet wird, ist die Polizei schon am Sonnabend durch die Streikenden auf die Verwundung der Arbeitswilligen mit Revolvern und Taschenknütteln und ihre Schließung hingewiesen worden. Dem mehrfach wegen schwerer Gewalttätigkeiten bestraft gewordenen Arbeiter Vielor hat daraufhin ein Schuhmann den Revolver abgenommen. Auch ein Streikender hat einem Arbeitswilligen am Sonnabend einen Revolver abgenommen. Von den Streikenden hingegen ist niemand bewaffnet gewesen, weder mit Schusswaffen, noch mit andern Gegenständen.

Vergleichen Ausschreitungen sind erst in der neueren Zeit mehrfach vorgekommen, seit in der Scharfmacherpresse eine unerhörte Hege gegen streikende Arbeiter betrieben worden ist und die Arbeitswilligen geradezu aufgefordert wurden, gültige Vorstellungen Streikender mit Prügel zu beantworten. So trägt die Hausrechtspresse des Unternehmers zum Verwilderung der Sitten bei, während die Gewerkschaften sagen, daß diese ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt wurden. Die Disziplin der organisierten Arbeiter ist musterhaft, ihre Auffassung von den wirtschaftlichen Zuständen wurde gehoben und geklärt, sie sind mit einem Worte auf eine höhere Bildungsstufe durch ihre Organisation gelangt und wissen ihre Interessen demgemäß wahrzunehmen.

Es wird daher der verlogenen Scharfmacherpresse nicht gelingen, der Welt das Gegenteil glauben zu machen. Versucht sie, die organisierten Arbeiter als Raubholde oder gar zu Mordbuben zu stempeln, so ruft sie damit nur gerechte Entrüstung unter den Verletzten hervor. Dafür läßt sie aber auch die verdiente Beachtung nicht nur der Arbeiter, sondern aller gebildeten Menschen. Stehen diese lägerlichen, für schändes Geld lügenden und hegenden Zeilenreißer der Kapitalistenpresse denn nicht noch viel tiefer, als die leider noch unverständigen Arbeiter, die sich durch die Unhekeret jener Subjekte zu Frevestalten gegen ihre Arbeitsbrüder anreizen lassen?

Die Schauererzählungen vom Terrorismus organisierter Arbeiter finden ein klägliches Ende, wenn die Wahrheit über alle durch die Unternehmerpresse verbreiteten Nachrichten aufgedeckt wird. Uebrigens: Wo die Ausbeutung der Arbeiter betrieben wird, wird auch die Lüge in den Dienst dieser menschenwürdigen Geschäftigkeit gestellt. Man kann von den Diktoren keine Feigen lesen.

Reichstagsbrief.

Am 2. April trat der Reichstag wieder zusammen. Er verhandelte an diesem Tage über einen Initiativantrag der Fortschrittler, der eine Einschränkung der Fideikommission verlangt. Außer dem fortschrittlichen Abgeordneten Gothein, trat nur der sozialdemokratische Abgeordnete Hierl für eine unbedingte Aufhebung überkommener feudaler Zustände ein. Die Fideikommission ist ein Mittel zur künstlicher Erhaltung und Kräftigung feudalistisch-reaktionärer Gesinnung. Der Antrag wurde aber mit der Mehrheit der Linken gegen den schwarzblauen Block angenommen.

Undern Tags gab es Wahlprüfungen. Unter anderen war die Wahl des Freikonserwativen v. Derken von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt worden. Im Plenum bekämpfte der Fraktionsgenosse v. Derzens, Abg. v. Derzen, mit den unglücklichsten und banalsten Redensarten diesen Beschluß. In der Debatte trat der Skandal wieder zutage, daß die Zentrumsabgeordneten, die in der Kommission für Ungültigkeitserklärung gestimmt hatten, umfielen und für die Gültigkeit stimmten, weil es dem schwarzblauen Block darauf ankam, eines seiner Mandate zu retten. Alle Winkeltzüge nützen jedoch diesmal nichts, mit 165 gegen 140 Stimmen wurde die Wahl v. Derzens für ungültig erklärt.

Nach den Wahlprüfungen wurde speziell über eine künstlerische Petition, die eine Einschränkung auch des Zigarettenhandels durch Private (Beamte usw.) verlangt, verhandelt, die dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiegen werden sollte. Dieser Antrag wurde angenommen.

Der Freitag blieb ohne Plenarsitzung, er war freigegeben worden zur Beratung der Fraktionen über die Wehr- und Dienstvorschriften. Am Sonnabend kam der Reichstag des Reichstages zur Beratung. Hierzu stellte Abg.

Wassermann, nationalliberal, den Antrag, daß den Reichstagsabgeordneten freie Eisenbahnfahrt nicht bloß für die Zeit der Session, sondern für die ganze Legislaturperiode gewährt werde. Der Antrag wurde gegen einige konservative Stimmen angenommen. Nicht so der nationalliberale Antrag, die Wahsprüfungen einem Gerichtshof zu übertragen. Nach lebhafter Aussprache, in der sich die sozialdemokratischen Redner, Stöcklen und Fischer, scharf gegen den Antrag wandten, wurde er der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Danach wurde über die Veteranenbeihilfe geredet. Der Reichstagssekretär wiederholte seine schon einmal gegebene Erklärung, daß demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der die Beihilfe für Veteranen regeln soll. Es wurde dem Herrn der Wunsch -- auch von sozialdemokratischer Seite -- mit auf den Weg gegeben, aber ja eine Erhöhung der Beihilfe vorzunehmen, was der Sekretär zusagte. Die Debatte wurde abgebrochen und verlag.

Am Montag begann der Spektakel um die Militärvorlage. Pompos hatten die Offiziere verkündigt, der Reichskanzler werde in einer großen Rede die Militärvorlage mit allem Drum und Dran begründen und dabei die auswärtige Politik anstellen. Ach, wie wenig entsprach der Reichskanzler dieser Ankündigung. Seine Gründe hatte der Wehrverein; diese chauvinistisch veranlagte Organisation deutscher Kriegshelden, schon in einer Propagandaschrift für die Militärvorlage niedergelegt. Außerdem wiederholte er einige Sätze der dürftigen Begründung der Vorlage und spayn einen diplomatischen Faden über die verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen der Herrscherfamilien der einzelnen Reiche, um dann den Balkankrieg und seine Folgen als Hauptgrund für die Heeresvorlage anzugeben. Eingeleitet wurde in diese Nebenreden auch die alte abgestandene Phrase, daß, wer den Frieden wolle, für den Krieg rüsten müsse. Der Appell an die Opferwilligkeit wurde von den Parteien der Besitzenden mit eifrigem Schweigen angenommen -- ein charakteristisches Zeichen für das innerliche Sträuben der Besitzenden, zu „blechen“.

Am sollte nach dem Reichstags der Kriegsminister v. Heeringen eine eingehende Begründung der militärischen Forderungen geben. Der Kriegsheld trat auch an, aber in einer Viertelstunde war er bereits fertig -- er ließ es sich an der Aufzählung einiger Forderungen genügen.

Dieses traurige Spiel wurde sofort von dem ersten Redner, Genossen Gause, geführend gezeißelt. Gause wies an den Neuzerungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers im letzten Jahre und an den offiziösen Kundgebungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nach, daß vor vier Monaten die Regierung noch keine Militärvorlage in Aussicht genommen hatte, daß sie aber sofort einschwenkte, als der Wehrverein und andere chauvinistische Schreiber danach verlangten. Lange vorher standen die Folgen des Balkankrieges fest, er konnte also für die Heeresvermehrung nicht in Betracht kommen. Gause deckte darum die Widersprüche in den Reden der beiden Regierungsmänner auf, wies darauf hin, daß diese ungeheure Heeresvermehrung hauptsächlich gegen den „inneren Feind“ -- die Sozialdemokratie -- gerichtet sei, die in Deutschland, wie die Sozialisten in Frankreich gegen den Rüstungswahn protestiert und die Wahrung des Friedens durch internationale Schiedsgerichte sichern will.

Für die Verteidigung des Vaterlandes sei eine Volkswehr auf demokratischer Grundlage die sicherste Gewähr. Stehende Heere ruinieren und demoralisieren die Völker. Man werde sich täuschen, wenn man glaube, die arbeitenden Klassen mit patriotischen Phrasen begeistern zu können, eines Tages werde sich das Volk in Waffen andere, bessere Zustände schaffen. Redner apostrophiert dann die bürgerlichen Parteien, die in Sureabstimmung dem Drängen der chauvinistischen Hege nachgegeben haben und bewilligungslustig sind. Sie werden die Folgen bald verspüren. Gause schloß mit einem Appell Frisches an das Volk, sich die Freiheit im Innern des Reichs zu erkämpfen.

Dr. Spahn, der Redner des Zentrums führte einen Giertanz auf, bei dem er nach einigen kritischen Sätzen gegen Einzelteile der Vorlage schließlich zu einem Loblied auf die Politik der Regierung kam und natürlich sich bemühte, die Bewilligungsfreudigkeit des Zentrums, dessen Presse noch vor wenig Monaten gegen jede Heeresvermehrung opponierte, ins rechte Licht zu stellen. Die verräterische Schwendung des Zentrums von einer radikalen Oppositionspartei zu einer Regierungspartei sans phrase ist längst vollzogen worden, so daß die Bewilligung dieser unerhörten Heeresvermehrung ihm als eine ausgemachte

Notwendigkeit erscheint, wenn es von der Regierung als feste Stütze angesehen werden will.

Der alldeutsche Schreier, der Generalismus gegen die Sozialdemokratie, v. Liebert, suchte dann Kuratstimmung für die Militärvorlage zu erzeugen, fiel aber damit vollständig ab und erntete nur ironisches Gelächter auf der äußersten Linken.

Für die „Wirtschaftliche Vereinigung“ setzte dann noch der „Christliche“ Behrens sein Bleib ab, dann wurde die Beratung auf Dienstag vertagt.

Rundschau.

Das Unheil der Lebensmittelteuerung dauert fort und verschärft sich beständig. Das ist zu ersehen u. a. aus der Märznummer des amtlichen „Reichs-Arbeitsblatt“. Es wird da ein Uberschuß über die Preisbewegung der wichtigsten Nahrungsmittel im Jahre 1912 gebracht. Danach hat sich bei fast allen Nahrungsmitteln, besonders aber bei Fleisch, Butter, Milch und Eiern, die schon in den Vorjahren vorhandene Teuerung weiter fortgesetzt und noch erhöht.

Die Feststellungen für die Preise der wichtigsten Fleischarten sind auf Grund der Mitteilungen aus 17 deutschen Städten erfolgt.

Da zeigt sich eine zum Teil ganz außerordentliche und unerträgliche Preissteigerung bei allen Fleischpreisen, insbesondere auch beim Schweinefleisch, das bis zu 25 Pfennigen teurer geworden ist. Und dieses Fleisch ist das wichtigste Fleisch für die Volksernährung.

Auch die Milch ist fast allerorten teurer geworden; ebenso Butter und Eier.

Kein Wunder, daß die gewerblichen Schlachtungen bei allen Viehgattungen, besonders aber bei den Schweinen abgenommen haben. Das Kaiserliche Statistische Amt verzeichnet einen Rückgang des durchschnittlichen Gesamtverbrauches an Fleisch von 54,1 kg im Jahre 1911 auf 53,2 kg im Jahre 1912 pro Kopf der Bevölkerung. Tatsächlich ist der Rückgang bei den arbeitenden Klassen ein viel erheblicherer.

Und dazu wird die neue ungeheure Volksbelastung kommen, welche die Heeresvorlage erfordert. Es fehlt dem deutschen Volke wirklich nichts mehr zu seinem „Glück“.

Ueber die Wirkungen des Tabaksteuergesetzes auf das Tabakgewerbe macht der soeben erschienene zweite Band des Jahresberichts der Kassen der Kaufmannschaft von Berlin folgende Ausführungen. „Nächst Getreide bringt der Tabak dem Reiche die größten Einnahmen. Diese beliefen sich im Steuerjahre 1906/07 auf 69,9 Millionen Mark, im Jahre 1910/11 auf über 150 Millionen Mark. Die daraus sich ergebende Belastung ist in diesen Jahren von 1,13 auf 2,32 M. auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, gestiegen, d. h. um 105 Prozent.“ Eine fast selbstverständliche Folge hiervon ist, daß der Durchschnittsverbrauch an Tabak, wieder auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, gesunken ist nämlich von 1,85 kg im Jahre 1908 auf 1,39 kg im Jahre 1910. Auch die statistischen Ergebnisse der verarbeiteten Tabakmengen bestätigen den Verbrauchsrückgang. Sie zeigen, daß unter Berücksichtigung der Volksvermehrung im Jahre 1911 etwa 8-9 Prozent weniger Rohtabak verarbeitet worden sind, als im Jahre 1908. Die Kosten der Tabaksteuerung und des Wertlohzuschlags trägt der Verbraucher, von dem er nach der Absicht des Gesetzgebers getragen werden sollte, nur zu einem Teile; den größten Teil der Neubelastung mußte das Tabakgewerbe, besonders die Zigarren-, Rauch-, Kau- und Schnupftabak-Industrie übernehmen, indem der Unternehmergewinn bei der Unmöglichkeit, angemessen erhöhte Preise für die Fertigfabrikate zu erzielen, auf ein Minimum herabgegangen ist. Zu dieser Belastung des Tabakgewerbes kommen noch Zusatzelemente, die heute das gesamte Tabakgewerbe beunruhigen. Der englisch-amerikanische Tabaktrust oder seine deutschen Vertreter machten erfolgreiche Anstrengungen, sich der deutschen Zigarettenindustrie schrittweise zu bemächtigen. Für die Zigarettenfabrikation und den Detailhandel wird ähnliches befürchtet. Man ist in Fachkreisen der Ansicht, daß das Wertsteuergesetz das Eindringen des Trusts erleichtert hat. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß das Für und Wider eines deutschen Staatsmonopols für Tabak in der Fachpresse bereits ernsthaft erörtert worden ist; man kann daraus ersehen, wie groß die Sorge ist, mit der die Angehörigen der Tabakbranche in die Zukunft blicken.“

Es bedarf keiner besonderen Darlegung, daß die sozialdemokratische Partei den Gedanken des Staatsmonopols ablehnt, dessen Verwirklichung nur eine weitere Vertiefung der Tabakprodukte zur Folge haben müßte.

Das Märzheft des „Reichs-Arbeitsblatts“ enthält neben der kurzen Monatsübersicht über die Lage des Arbeitsmarkts im Februar (S. 163) nebst bildlichen Darstellungen und ausführlichen Unterlagen unter anderem die Lohnstatistik zweier großstädtischer Ortskrankenkassen für 1912, Übersichten über die Vergarbeiterlöhne im vierten Viertel und im ganzen Jahre 1912, die Ergebnisse gewerkschaftlicher Erhebungen über die Lage der Kürschner und der Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie, ferner Aufsätze über die Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1912, über die ausländischen Wanderarbeiter, über die Vereine zur Förderung des Kleinwohnungsbaus und in Fortsetzung eines früheren Aufsatzes über den neuesten Stand des deutschen Streikwesens.

Streikwesen — **Elbdegen!** Eine recht interessante Mitteilung machte gelegentlich eines Vortrages in einer Versammlung Herr Rechtsanwalt Kothe in Chemnitz. Danach soll — wie seinerzeit in Preußen während des Ruhrbergarbeiterstreiks — jetzt allgemein für ganz Sachsen ein Ministerialerlaß ergangen sein, daß alle Streikfäden als besondere Erisse an Gewerkschaftswesen.

zu behandeln seien. Nebner machte darauf aufmerksam, daß dadurch ganz besonders bei Gasfäden eine vollständige Verkümmern der Vertiefung herbeigeführt werde und fügte hinzu, daß sich das Gerechtigkeitsgefühl gegen derartige Maßnahmen aufbaume. Trifft diese Mitteilung zu, und an ihrer Wahrheit ist schließlich nicht zu zweifeln, so handelt es sich dabei um ein Ausnahmegesetz gegen die organisierte Arbeiterschaft, das auf dem Verwaltungswege erlassen worden ist.

Der Gummiknäuel muß abgeliefert werden! Ein Unternehmer Schwenker spielte im Streit der Bremer Gärtner eine hervorragende Rolle als Feind der Arbeiterorganisation. Es gelang ihm, in der ersten Woche seine Arbeitskräfte zu halten, in der zweiten Woche aber schlossen sie sich den Streikenden an. Der Streikleitung wurde mitgeteilt, daß dieser Unternehmer seine Deute mit Gummiknäueln ausgerüstet hatte „zum Schutze gegen die Streikenden“. Die Zweifel, die die Streikleitung hierin legte, wurden durch folgenden Brief, der im Original vorliegt, beseitigt: Bremen, den 25. März 1913. Hr. Hier.

Wohle Sie ersuchen, den Ihnen zum Schutze gegen die Streikenden geliehenen Gummiknäuel unverzüglich zurückzuliefern, andernfalls ich genötigt wäre, gegen Sie Anzeige wegen Unterschlagung zu erstatten.

pr. Chr. Schwenker, M. Kassen.

Die Unternehmer werden bei ihrer Materialsammlung für ein Verbot des Streikpostenstehens dies Dokument hoffentlich nicht vergessen.

Auch ein Sozialpolitiker! Die Westfälische Vereinigung berufsgenossenschaftlicher Verwaltungen hielt am 18. d. M. im Stadthaus zu Dortmund eine stark besuchte Sitzung ab. Den einzigen Gegenstand der eingehenden Aussprache bildete die Rentensucht und Rentensystemer, ihre Verbreitung, Ursachen und Bekämpfung. Im Laufe der Debatte ergriff auch der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, dessen Anregung die Entstehung der „Westfälischen Vereinigung“ zu danken ist, das Wort und stellte mit Genugtuung fest, daß seine bisherige Auffassung über die geringe Verbreitung der krankhaften Rentensucht, der sogenannten Rentensystemer, durch die umfangreichen, unter Mitwirkung der Ärzte vorgenommenen statistischen Erhebungen der Knappschafts-Berufsgenossenschaft eine Bestätigung gefunden hätten. Weit ernster sei die Frage der nicht krankhaften Begehrlichkeit der versicherten Arbeiter. Daß aber auch hier durch zielbewusstes Zusammenarbeiten aller Beteiligten, namentlich durch ein sofort einsetzendes, wirksames Heilverfahren (man nennt das „Rentenquetschen“, Herr Dr. Kaufmann!) und durch straffere Handhabung der Gesetze vieles gebessert werden könnte, hatten in der Aussprache Industrielle, Ärzte und Beamte mit erfreulicher Einmütigkeit festgestellt. Was in dieser Hinsicht bei den Arbeitern getadelt werde, seien leider in der Hauptsache allgemein menschliche, durch die staatliche und wirtschaftliche Entwicklung gesteigerte Erscheinungen. Nicht nur bei den Arbeitern bestehe eine gewisse Neigung, staatliche Fürsorgeeinrichtungen mit allen, auch unredlichen Mitteln für sich auszuheben und in allen Notlagen des Lebens den Staat als rettende Hilfe zu betrachten. Diese Neigung wachse, je tiefer die Staatsgewalt in die gesamten Lebensinteressen eingreife und je fühlbarer für den einzelnen seine Maßnahmen würden. Der in langer Friedenszeit stark vermehrte Reichtum habe die Nation nicht unberührt gelassen. Das oft fieberhafte neuzeitliche Erwerbsleben mit seinen Kämpfen und Aufregungen, das ungezügelte Jagen und Hasten nach Gewinn und Genuß reibe die Menschen stärker auf als früher. Schwindendes Selbstvertrauen und zunehmende Verweichlichung auf der einen, strupellose Gewinnsucht auf der anderen Seite seien Zeichen unserer Zeit. Kein Wunder, daß auch die Arbeiterschaft nicht frei davon geblieben sei. Nichts aber könne dieser alle Volkstreue erfassenden „Schlappheit“ besser entgegenwirken als strenge Zucht. Aus diesem Gesichtspunkte begrüße er als Sozialpolitiker freudig die jetzt geplante Heeresverfärbung, die wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Der Dienst im Heere stärke den jungen Mann körperlich und geistig, er schärfe das Gefühl der Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Mit der Hebung des Pflichtbewußtseins werde dann, so hoffe er, die geistige Gejunbung des Volkes Hand in Hand gehen.“ Durch lebhaften Beifall erklärte die große Versammlung ihre einstimmige Zustimmung zu dieser Ansicht, was begreiflich ist, da erstens den Scharmachern, die gerade in dieser Ede sehr dicht sitzen, jeder Angriff auf die Arbeiter ein Genuß ist, und zweitens, weil die „sozialpolitische“ Verteidigung der neuen Militärvorlage wiederum die Aussichten vermehrt, an den Rüstungen zu verdienen.

Ueber die Ansichten dieses famosen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes ein Urteil abzugeben, erübrigt sich. Der Mann weiß, wie er den Kraut- und Schloßpunktern gefallen kann.

Zentrumsprelle und Arbeiterinteressen. In Heidsieck stehen seit einigen Wochen die Arbeiter der Dampfzegielei Gg. Siegler im Streit. Von den Streikenden sind auch einige im christlichen Verband organisiert. Der Kampf wird den Arbeitern dadurch erschwert, daß die Zentrumsprelle, die in dem Gebiet sehr verbreitet ist, die Inserate der Firma, in denen unorganisierte Arbeiter gesucht werden, aufnimmt. Die „Gewerkschaftsstimme“, das Verbandsorgan des christlichen Verbandes, notiert diese bedauerliche Tatsache (in Nr. 11 vom 19. März) mit folgenden Sätzen:

Bei der Firma Siegler in Heidsieck bei Würzburg stehen die Kollegen im Kampf. Die Firma will keine organisierten Arbeiter beschäftigen und sucht Streikbrecher. Mehrere bürgerliche Zeitungen haben sich nicht gescheut, diese Streikbrecherannonce aufzunehmen, obwohl darin

stand, daß organisierte Arbeiter nicht aufgenommen werden.“

In dieser Notiz fehlt zunächst die Feststellung, daß es in erster Linie die Zentrumsprelle ist, die sich nicht scheut, den Arbeitern den Kampf zu erschweren. Weiter fehlt, und das ist ebenso interessant wie bezeichnend, jeder Hinweis auf die beschämende Tatsache, daß auch der „Beobachter am Main“, das ist dasselbe Zentrumsblatt, in dessen Druckerei die „Gewerkschaftsstimme“ hergestellt wird, das Inserat der Firma Siegler aufgenommen hat. Das ist wirklich eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen! Dabei ist der Vorsitzende des Verbandes, Herr Tremmel, jahrelang Vorsitzender des Zentrumswahlvereins gewesen; er hat also in doppelter Eigenschaft einen erheblichen Einfluß auf den „Beobachter“. Und trotzdem solche Inserate! Die „Gewerkschaftsstimme“, die sonst in spaltenlangen Artikeln jede Lüge über die sozialdemokratische Presse breitet, hat für diese Vorgänge im eigenen Heim nicht einmal die leiseste Rüge.

Eingefandt.

Kollege Trippensee-Neubamm zeigt sich als gelehriger Schüler der Kollegen von Heidenich in punkto Verbächtigung. Kollege T. wird wohl inzwischen meine Antwort an die Heidenicher gelesen haben; ich bitte ihn, sich dieselbe zu eigen zu machen. Was würde Kollege T. sagen, wenn ich die Behauptung aufstellen wollte, daß der Kollege T. in seinem letzten 187zeiligen Eingefandt schon jaher geworden ist und am Schluß seines Lateins, dem verlorenen Sohne gleich, mit niedergeschlagenen Augen vor den Vorstand blutet, um gut Weiter zu bitten.

Zum § 9 will ich nicht weiter reden, dies werden die Delegierten des Verbandstages besorgen. Mich freut es, daß sich schon viele Kollegen meiner oder ähnlicher Ansicht sind; jedoch schade ich auch die Ansicht der Kollegen, welche nicht die meine ist, wenn sie nur sachlich bleibt. Neusalz. Ernst Mangel.

Eingefandt.

Ich hatte nicht vor, in der Angelegenheit zur Bekanntmachung des Vorstandes betreffs des § 9 des Statuts meine Ansicht zu äußern. Es ist ja auch wohl schon genug für und gegen die Auslegung des strittigen Paragraphen geschrieben worden, wenn man auch zugeben muß, daß in einer so eminent wichtigen Frage der rege Meinungsaustausch am Platze ist. Zugegeben muß werden, daß die letzte Generalversammlung einer Fehler bei der Fassung des § 9 begangen hat, denn nach meiner Ansicht war die frühere Fassung des § 9 eine glücklichere, und wäre sie beibehalten worden, so wäre wohl die jetzige, dem Verbandsinteresse nicht förderliche Auseinandersetzung unterblieben. Wir wären auch mit der Einberufung des außerordentlichen Verbandstages verschont geblieben und die Kosten dafür könnten besser verwandt werden. Den Unlach zu meinem Schreiben gibt das Eingefandt des Kollegen Schmitz. Derselbe bringt eine treffliche Aufstellung der „Saat und Ernte“ eines reisenden Kollegen zur Kenntnis. Nach meiner Auffassung ist es ein sogenannter Wandervogel, denn ich lasse mir nicht weismachen, daß ein Kollege, der gewillt ist, annehmbar Arbeit anzunehmen, gezwungen ist, solche horrenden Summen an Arbeitslohnunterstützung der Verbandskasse zu entrichten. Und jedem Bevollmächtigten werden wohl schon solche Bücher, reine „Landkarten“, zu Gesicht gekommen sein. Schreiber dieses war auch auf der Wanderschaft und hat öfter die Arbeitsstelle wechseln müssen; aber so eine Inanspruchnahme der Verbandskasse ist nicht entfernt erfolgt. Hier wäre der Döbel anzulegen, um zu sparen, und ich möchte den Delegierten zum nächsten Verbandstag empfehlen, hierauf ihr Augenmerk zu richten. Auf ein möchte ich noch aufmerksam machen, und es würdert mich, daß in der ganzen Eingefandts noch nichts davon zu lesen war. Nehmen wir den Fall, am letzten Arbeitstage vor Weibachten erklärt ein Unternehmer, aus den und den Gründen läßt er vor-Neujahr nicht mehr arbeiten. Ein lediger Kollege kann sich dann eine Wandervogel ausstellen lassen und bezieht ohne weiteres Unterstützung, aber die verheirateten, am Orte verbleibenden Kollegen bekommen nach dem Rundschreiben des Vorstandes nichts, wenn sie es nicht verstehen, die Sache so zu beschälen, daß mindestens sechs Tage in Veracht kommen. Die so geschädigten Kollegen werden dann naturgemäß erbittert und von diesem Standpunkt aus kann das Vorgehen und die Auslegung des § 9 seitens des Vorstandes nicht gutgeheißen werden, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß auf diese Weise das Verbandsinteresse gewahrt werden sollte.

Deswegen wollen wir nicht den Spuren der „mehreren Kollegen“ in Heidenich folgen; machen wir den begangenen Fehler auf der nächsten Generalversammlung wieder gut zum Wohle unseres Verbandes. Jedenfalls dürfte es das Beste sein, die frühere Fassung des § 9 wieder herzustellen, dann wird den meisten Wünschen Rechnung getragen und der Friede wieder hergestellt; denn wir haben noch andere wichtigere Aufgaben zu erfüllen. Junglau in Schles. Bernhard Palme.

Eingefandt.

Auch ich kann es nicht unterlassen, nochmals zu der bekannnten Streitfrage Stellung zu nehmen. Wenn Kollege Trippensee in seinem letzten Eingefandt anführt, daß Kollegen, welche nur vier Tage in der Woche Arbeit haben, für die letzten zwei Tage Unrecht an Arbeitslohnunterstützung hätten, so bin ich gegenteiliger Meinung. Diese Kollegen sind nicht arbeitslos gemäß unseres Statuts, sondern ichen bloß jede Woche zwei Tage aus. Aussehen und Arbeitslosigkeit ist nicht einelei. Wenn diese Kollegen jede Woche zwei Tage Arbeitslohnunterstützung erhalten sollten, oder wenn das Aussehen insolge Inventuraufnahme usw. als arbeitslos gelten sollte, so dann könnten wir alle für die Arbeitslohnunterstützung unsere so sauer verdienten Groschen ausgeben; dann würde dieser Paragraph allein unsere ganzen Beiträge verschlingen. Das wollen wir nun doch nicht. Ich erkläre noch einmal, daß Vorstand und Ausschuß hier ganz recht gehandelt haben; auch bei der Einlegung der Karenzzeit. Daß Kollegen, die solches trifft, nicht vom Wind leben können, ist selbstverständlich, es steht ihnen aber statutengemäß nichts zu. Wenn der Kollege T. dann weiter anführt, der Vorstand könne auch bei den anderen Unterstützungsformen, wie Krankens, Streik-, Minderungsunterstützung so verfahren, so ist das einfach ausgeschlossen. Das gibt's nicht! Was mir statutengemäß zusteht, kann ich verlangen, aber nicht, was nicht im Statut steht. Der Vorstand wird sich gewiß im Recht geblieben haben, als er die Bekanntmachung hinsichtlich der Karenzzeit wegen der Arbeitslohnunterstützung erließ. Es wäre mir wünschenswert, wenn der Jahresbericht schon jetzt herausgegeben werden würde, damit man rechtzeitig einen Einblick hat, wieviel uns wohl die Arbeitslohnunterstützung im verfloffenen Jahre gekostet hat.

Dann noch einiges zur Ruheunterstützung eines Gouleters. Auch hier halte ich meine in Nr. 12 des Tabak-Arbeiter vertretene Ansicht hoch. Warum soll sich der nächste Verbandstag noch mit einem Pensionsproblem befassen? Das sehe ich gar nicht ein; ein solcher Fall kann gar nicht mehr vorkommen. Unsere Beamten sind doch jetzt alle versichert. Es ist auch nur gut so; denn wenn der erhaltene Grabenboden noch durch eine solche Kritik veräuert werden soll, würde jeder gerne verzichten. Dann regt sich Kollege Trippensee darüber auf, daß ich geschrieben habe, daß dem Kollegen der gegen diesen Beschluß opponiert, die Schamräte ob solcher verkehrten Ansicht ins Gesicht steigen müßte; das sei eine direkte Beeinflussung und Bevormundung! Das ist meine unersüßliche Meinung, die ich auch jetzt noch habe. Dem der Schuß paßt, geht ihn an. Ich will niemand beeinflussen, auch nicht bevormunden, das liegt mir fern. Aber ich meine, daß ich gerade so gut meine Meinung äußern kann, wie jeder andere Kollege. Was jeder Kollege für sich in Anspruch nimmt, muß auch für mich gelten, auch wenn ich gegenteiliger Meinung bin. Jeder hat das Recht, zu den Handlungen, die in unserm Verband vorgehen, frei seine Meinung zu sagen. Bloß zahlen und im Abhängen

Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland!

Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Wolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, Postfachamt Hamburg 11, Postfachkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Erwerbslosenunterstützung.

Das Unterstützungswesen wird von den deutschen Gewerkschaften in einem nicht geringen Umfange gepflegt. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieses den Bedürfnissen des praktischen Lebens entspricht und daß an einer grundsätzlichen Veränderung in dieser Hinsicht nicht gedacht werden kann und nicht gedacht wird. Immerhin müssen die einzelnen Verbände natürlich darauf bedacht sein, daß die für die Kranken-, Arbeitslosen- und ähnliche Unterstützungen aufzubringenden Gelder in einem Verhältnis zu den Aufgaben stehen, die dem Kampf zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dienen. Die beste Unterstützungseinrichtung kann dem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht illusorisch machen. Im Gegenteil: Je besser eine Organisation in der Lage ist, höhere Abzüge für ihre Mitglieder zu schaffen, um so eher kann der weitere Ausbau der Unterstützungen obengenannter Art unterbleiben. Es muß sogar für eine Organisation, die der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen will, dringendes Bedürfnis sein, die Lohn- und Arbeitskämpfe dieser Entwicklung anzupassen.

Nun ist die Entwicklung nicht in allen Bezirken die gleiche, mindestens zeigen sich in einzelnen Gewerben verschiedene Formen derselben. Demnach sind auch die Aufgaben und Einrichtungen der Verbände verschieden. Organisationen, die mit Lohnkämpfen aus irgend welchen Ursachen weniger zu rechnen haben, können natürlich größere Mittel für ihre Kranken-, arbeitslosen, invaliden usw. Mitglieder aufwenden, gegenüber jenen Organisationen, die zur Führung ständiger und umfassender Lohnkämpfe gezwungen sind. Dennoch sehen wir, daß in allen Verbänden das reine Unterstützungswesen eine sekundäre Bedeutung hat und daß die Mittel dafür in einem streng bemessenen Verhältnis zu den für die Hauptaufgaben zu verwendenden Mitteln stehen. Solche Erscheinungen begründen sich natürlich aus der Praxis des gewerkschaftlichen Lebens, es ist daher durchaus angebracht, daraus gegebenenfalls die nötigen Lehren zu ziehen.

Im Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist bisher die Frage der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung von nicht geringer Bedeutung gewesen. Wir möchten behaupten, daß unser Verband an Unterstützungen, außer die für den Kampf aufgewendeten, im Verhältnis zu den geleisteten Beiträgen immer etwas zu viel aufgewandt hat. Das mag in guten Zeiten nicht so schlimm sein, obgleich man ja in solchen Zeiten die Mittel für umfassendere Kämpfe benutzen oder für schlechte Zeiten aufheben soll. Aber in unglücklichen Zeiten kann uns das unangenehm werden. Es ist ja ganz schön, wenn wir neben großen und vielen Kämpfen auch noch große Summen für unsere Unterstützungseinrichtungen hergeben können. Wenn die Zeiten liegen eben der Höhe im Wasser! In unserem Gewerbe wird es nicht möglich sein, mit geringen Kosten für den Kampf um bessere Löhne auszukommen. Die Zeit wird uns sogar lehren, daß wir ungleich höhere Mittel dafür verwenden müssen, soll nicht unsere Tabakarbeitererschaft einfach verkommen. Angesichts der gegenwärtigen Zustände brauchen wir das wohl nicht näher zu erklären. Ja, aber wie denn? wird man fragen. Nun, da muß eben eine andere Abgrenzung der Werte in unserem Verband eintreten, indem man den größten Wert auf das anerkannt Notwendigste legt und die Mittel für die nicht eigentlichen Kampfzwecke dienenden Unterstützungseinrichtungen herabsetzt. Das ist wenigstens das erste, woran man denken muß; nicht ausgeschlossen ist dabei natürlich, daß noch diese oder jene andere Forderung aufzustellen ist.

Uns liegt zurzeit ja noch kein Jahresbericht für 1912 vor, aber soweit ich schon fest, daß uns die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in ihrer gegenwärtigen Höhe und Form allzusehr belastet, so daß im Interesse des Verbandes, d. h. also, im Interesse der gesamten Mitglieder, ein Ausgleich unbedingt geschaffen werden muß. Ein Sträuben dagegen heißt, die Grundzüge des Verbandes verkennen, heißt, sich den herrschenden unglücklichen Zuständen in unserem Beruf apathisch ergeben. Wer die Dinge in unserem Beruf in der letzten Zeit gewissenhaft beobachtet hat, wer mit vorurteilslosem Blick die Aufgaben unseres Verbandes erkannt hat, wird sagen müssen, daß unsererseits etwas geschehen muß.

Wir haben diesem Auftrag die Ueberschrift "Erwerbslosenunterstützung" gegeben, und wenn wir vorstehend ganz allgemein unsere Meinung jagten, in welcher Richtung sich eine kommende Reorganisation in unserem Verbande ausdrücken müsse, so glauben wir, daß in der Einführung der Erwerbslosenunterstützung die zweckmäßigste Form dafür zu finden ist. Bereits haben eine Anzahl Verbände die Form bei ihrer Kranken-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung gewählt, in weiteren Organisationen steht die Frage der Erwerbslosenunterstützung zurzeit zur Debatte.

Was bedeutet Erwerbslosenunterstützung? Man kann ja sagen, daß wir auch bisher jene Mitglieder unterstützt haben, die als Kranke oder Arbeitslose (auch auf der Reise) erwerbslos waren, so daß wir bereits eine Erwerbslosenunterstützung haben. Der in unserem Gewerkschaftsleben maßgebende Begriff Erwerbslosenunterstützung setzt aber ein organisches Zusammenwirken der Kranken-, Arbeitslosen- usw. Unterstützung voraus. Man macht bei der Erwerbslosenunterstützung hinsichtlich der Dauer der Mitgliedschaft (Karenzzeit), hinsichtlich der Höhe sowie der Dauer der Unterstützungen bei Kranken und Arbeitslosen, die nun eben als erwerbslos gelten, keinen Unterschied mehr. Allerdings können ja auch bei der Erwerbslosenunterstützung die Leistungen so bemessen werden, daß für den Kampf keine Mittel mehr übrig bleiben. Aber dem kommenden Verbandstag wird ja ohne Zweifel die Arbeit zufallen, mehr Mittel für die Erhöhung der Arbeitslöhne disponibel zu machen, so daß die jetzt aufgewendeten Leistungen für reine Unterstützungsdebatten und Beschlüsse sehr stark beeinflusst werden.

Die Erwerbslosenunterstützung setzt natürlich eine Höchstleistung voraus, so gut es auch bisher so sein mußte, doch kommt es bei dieser Form der Unterstützung wesentlich darauf an, daß die für die Erwerbslosigkeit im Statut festgelegte Leistung, bzw. Summe, in der gebuchten Zeit für Krankheit und für Arbeitslosigkeit erhoben werden kann, d. h., wenn dem Mitglieder vielleicht im Jahre 75 A zustehen, so kann es diese entweder ganz bei Arbeitslosigkeit, oder auch ganz bei Krankheit, oder auch einen Teil bei Arbeitslosigkeit und einen Teil bei Krankheit erheben. Ob die Arbeitslosigkeit am Ort oder auf der Reise vorzuziehen wird, ist natürlich einleuchtend.

Man wird zugeben, daß die Form, in der die Unterstützungen auf diese Art eingeführt werden, eine ungerechte nicht genannt werden kann. Im Gegenteil ist ein besserer Ausgleich für sämtliche Mitglieder geschaffen. Heute ist der Unterstützungsbezug so, daß er häufig nicht im Interesse aller Mitglieder liegt. Die Erwerbslosenunterstützung scheint uns auch die modernere Form des Unterstützungsbezuges zu sein und es wird nicht lange dauern, bis sie in der Mehrzahl der Verbände eingeführt ist. Ist man gezwungen, einen gerechten Ausgleich zwischen den Aufwendungen für den Kampf und den Aufwendungen für das Unterstützungswesen zu finden, dann scheint es uns, daß dieses auf der Grundlage der Erwerbslosenunterstützung am allerbesten möglich ist.

Darüber, wie nun diese Erwerbslosenunterstützung im einzelnen gestaltet sein muß oder kann, wollen wir uns heute nicht weiter

auslassen, ebensowenig, wie wir uns mit der Reorganisation unseres bisherigen Unterstützungswesens und mit der besondern Stellungnahme zu unseren kommenden Kämpfen jetzt beschäftigen wollen. Das eine möchten wir zu sagen jedoch nicht unterlassen: Alle Mitglieder haben die Pflicht und Schuldigkeit, ihr Teil zur Hebung unserer schlechten Verhältnisse beizutragen! Ob man da vom Idealismus redet oder nicht, in der Organisation sollen wir sein und sind wir, um unsere Lage zu verbessern, also einem ganz materiellen Grunde. Was wir erreichen, hängt davon ab, wie wir die Dinge anzupacken verstehen. Sehen wir unsern Verband in die Lage, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben, was dringender als je nötig ist, so ist uns allen geflossen. Deshalb ist auch banges Bogen und Schwanken gefährlicher denn je.

Die Preisgläuberei im Zigarettenhandel — eine Gefahr für die Zigarettenarbeiter.

Die Entwicklung der Zigarettenindustrie vom Hand zum Maschinenbetrieb ist im Tabak-Arbeiter schon verschiedentlich Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen. Gegen diese Entwicklung anzukämpfen; hieße demnach der Zeit Stillstand gebieten wollen, falls dieser Umschwung in der Produktionsweise begründet wäre, in der Ueberlegenheit oder Gleichwertigkeit der Maschinen gegenüber der Handarbeitszigarette. Daß, so hoch die Technik der Zigarettenmaschine auch entwickelt ist, davon heute noch nicht die Rede sein kann, habe ich unter Darlegung der Gründe in Nr. 35 des Tabak-Arbeiter, Jahrgang 1912, zu beweisen versucht. Der Umschwung in der Produktionsweise der Zigarettenindustrie ist künstlich forciert worden durch die Einführung der Vandalensteuer und deren Erhöhung. Jetzt macht sich ein neuer Umstand bemerkbar, der geeignet erscheint, die Fabrikanten zu veranlassen, auch die Herstellung besserer Sorten immer mehr durch die Zigarettenmaschine vornehmen zu lassen.

Schon seit einer Reihe von Jahren macht sich im Zigarettenhandel die Schleicherei in empfindlichster Weise für die nichtschleichende Händlerchaft bemerkbar. Trotz aller angewendeten Maßnahmen, wie Vereinbarungen mit den Fabrikanten, Boykott gegen Firmen, die die geforderten Garantien nicht geben wollten oder die getroffenen Vereinbarungen nicht einhielten, Ausschluß von Händlern, welche trotz Verbotes zu Schleichereisen verlaufen, aus den Händlerorganisationen, gelang es nicht, die Schleicherei zu beseitigen oder auch nur im weiteren Vordringen zu hindern. Jetzt wird nun versucht, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, indem seitens der Händlerorganisationen ihren Mitgliedern ebenfalls die Schleicherei freigestellt werden soll. Ein solches Verfahren wäre aber geradezu selbstmörderisch, wenn man nicht versuchen würde, die zu verschleudernde Ware zu einem entsprechend billigeren Preise von den Fabriken geliefert zu bekommen. Selbstverständlich wird aber der Kapitalist, der sein Geld in der Zigarettenindustrie investiert hat, nicht derjenige sein wollen, der den Schaden von der neuen Kampfweise der Händlerchaft trägt, sondern er wird nach berühmtem Muster versuchen, den Schaden auf die Arbeiterchaft abzuwälzen und wenn möglich, noch einen Extraprofit für sich herauszuwirtschaften. Da Lohnabzüge allgemein nicht möglich sein werden, wird die Produktion von Zigaretten auf der Maschine eine erneute Steigerung auf Kosten der Handarbeit erfahren, so daß Arbeiter und Konsumenten die Leidtragenden sind. Der Händler, der bisher darauf gesehen hat, für sein gutes Geld in den besseren Marken die qualitativ bessere Handarbeit zu erhalten, der auch vielleicht oft genug Maschinenarbeit retourniert hat, wird gezwungen, falls er den bisherigen Preis für die Ware, weil er schleudern will, nicht mehr anlegen kann, Maschinenarbeit zu verkaufen. Der Raucher wird im Glauben gelassen, er bekomme nach wie vor eine Handarbeitszigarette. Die mehr oder weniger offene Vorpiegelung falscher Tatsachen wird daher einen noch viel größeren Raum einnehmen als bisher. Würde es nicht an der Zeit sein, die letzterzeit in einer Berliner Zigarettenarbeiterversammlung angenommene Resolution anzuwenden und durch die Tagespresse dem rauchenden Publikum über die fortwährend an ihm verübte Täuschung die Augen zu öffnen?

R. K.

Unfallrentenkampf eines Tabakarbeiters.

Der jugendliche Tabakarbeiter Finster in Seesen (Harz) hatte bei der Firma W. & L. in Seesen seine dreijährige Lehrgang absolviert. Infolge der "schönen Tabaksteuerpolitik" der deutschen Reichsregierung mußte er seine Arbeitsstätte verlassen und konnte auch in den Nachbarorten Münchehof, Badenshausen usw. in seinem Beruf keine Beschäftigung finden, weil auch gerade in den Harzorten diese Tabaksteuerpolitik vernichtend gewirkt hatte. Er nahm deshalb in einer anderen Fabrik vorübergehende Beschäftigung an, um sein Durchkommen zu finden. Hier erlitt er nun infolge der eigenartigen und ihm bisher unbekanntem Produktionsweise einen Betriebsunfall, wobei er den Verlust der Endglieder des rechten, linken und Ringfingers der linken Hand zu beklagen hatte. Die Berufsgenossenschaft gewährte nun dem Verletzten ansfangs eine Rente von 30 Prozent (monatlich 12,50 M.), die aber nach kurzer Zeit auf 15 Prozent und mit November 1911 völlig entzogen werden sollte.

Hiergegen ließ der Vater des minderjährigen Verletzten, welcher ebenfalls Zigarettenarbeiter ist, als gesetzlicher Vertreter durch das Arbeitersekretariat in Braunschweig den Rechtsweg beschreiten. Trotzdem der Verletzte wiederum in seinem Beruf als Sortierer bei seiner Lehrgang Unterkunft fand, aber dennoch infolge verstümmelter Hand pro Woche 4 M weniger als gelohnde und verletzter Sortierer verdiente, entzog das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung auf Grund der "Gewöhnung" die Rente. Es mußte hierauf das Reichsversicherungsamt in Berlin angerufen werden, welches sich nun am 1. März 1913 mit dem eingeleiteten Rekurs zu beschäftigen hatte, weil das Gewöhnungsmoment vom Verletzten bestritten und ferner die Berufsgenossenschaft vom Verletzten bestritten (Beschleunigung der Firma über

die Ursachen des Minderverdienstes) beantragt wurden. Das Reichsversicherungsamt hob auch hierauf die Schiedsgerichtsentscheidung teilweise auf und sprach dem Verletzten die Rente noch bis zum 31. Dezember 1912 (also für 1 Jahr und 1 Monat) ein, 6 M Kosten mit folgender Begründung zu:

Das Reichsversicherungsamt hat den Eintritt der völligen Anpassung und Gewöhnung mit Rücksicht auf die verhältnismäßige Kürze der Zeit dem Unfall verstrichenen Zeit erst mit dem Ablauf des Jahres 1912 für erwiesen erachten können und dem Kläger bis zum Ablauf des Jahres 1912 die bisherige Teilrente von 15 Prozent belassen müssen. Vom 1. Januar 1913 an aber kann der Kläger keine Rente mehr beanspruchen, da ein merkbarer durch Unfallfolge bedingter Schaden auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr besteht usw."

So urteilte das Reichsversicherungsamt! Wenn auch der Verletzte pro Woche noch 4 M weniger als gesunde Arbeiter in seinem Beruf verdient, wird der allgemeine Arbeitsmarkt zur völligen Rentenentziehung herangezogen, weil er infolge der vernichtenden Tabaksteuerpolitik aus seiner Fabrikationsbranche gedrängt und zufällig im fremden Betriebe verunglückte. Die Rechtsprechung der Unfallversicherung wird für die Unfallverletzten immer ungünstiger, wie vorstehender Rentenstreitfall zeigt. Trotzdem in der Literatur und auch bei den statistischen Zusammenstellungen für Unfallschäden kein Tabakarbeiter aufzuführen ist, der die völlige Rentenentziehung bei Fingerverlusten zu beklagen hatte, zeigte sich im obigen Streitfall das Gegenteil, weil er einige Wochen aus seinem Beruf gedrängt und hierbei den Unfall erlitten hatte. Es kommt mithin auch die spätere Berücksichtigung des Verletzten selbst beim Zurückgehen zum früheren Verursacher für Tabakarbeiter nicht mehr in Frage! Man urteilt hier nach Schema F, wie die Zusammenstellung der Unfallschäden nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes von Landes-Medizinalrat Prof. Dr. Lütiger in Düsseldorf klar ergibt.

Dennoch ist den Unfallverletzten nur zu raten, solche prinzipiell wichtigen Unfallvorgänge bis zur letzten und höchsten Rechtsprechungsinanz teilen zu lassen durch die geschaffenen gewerkschaftlichen Institutionen. Vorstehender Streitfall hat erwiesen, daß bei diesem Rentenstreit immerhin noch für 13 Monate die Rente erhalten blieb und ein kleiner Ausgleich dem Verletzten in seinem Lohnverlust für diese Zeit zu Teil geworden ist. Leider ist weiter nichts zu erwarten für den Verletzten in Zukunft, wenn nicht eine wesentliche Verschlimmerung der Unfallfolge nachgewiesen wird, so daß er den "Kungrerennen" noch engerschnallen muß! Das ist unsere sowie gerühmte "weitsichtige und fürsorgende" "politik in wirtschaftlicher und praktischer Beleuchtung R. V.

Für die Befreiung der Arbeit!

"Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur." Von diesem fundamentalen Grundsatz läßt sich nichts abstreichen und abhandeln. Er ist etwas festes, ein einziger Hammerschlag, kräftig und wichtig, und er duldet keinen Widerspruch. Es fragt sich aber angesichts unserer heutigen Gesellschaftsordnung (und diese wird vornehmlich von Leuten verteidigt, die nicht arbeitslos sind), wem der durch die Arbeit erzeugte große Reichtum und die durch sie geschaffene verfeinerte Kultur zugute kommt.

Hätten wir gerechte Zustände, dann müßte vernunftgemäß und folgerichtig der Ertrag der Arbeit in seiner vollen materiellen und ideellen Bedeutung dem zufallen, der sie ausführt. Wir sehen aber das Gegenteil. Die Nutznießer des Arbeitsvertrages sind die Besitzenden, während die Arbeiter für das mühselige Schaffen der Kulturwerte nur eine sehr geringe und ungenügende Abschlagszahlung erhalten.

Wie steht es denn heute mit der Mehrzahl der Arbeiter? Erscheint das Leben, das sie zu führen gezwungen sind, dem Beobachter nicht beinahe sinn- und wertlos? Wofür plagt sich denn der Arbeiter eigentlich? Er gleicht einer Maschine, einem Kraftreservoir, das von Zeit zu Zeit vollgepumpt und dann wieder entgepumpt wird, um den Reichtum und das Kulturbedürfnis anderer zu erhöhen und zu befriedigen.

So folgt im eintönigen Leben des Arbeiters ein Tag dem andern. Jeder gleich arbeitsreich und entbehrungslos, und der Kapitalist, der den Arbeiter für sich und nicht für die Gesamtheit arbeiten läßt, pumpt die Kraft des Arbeiters zu seinem eigenen Vorteil aus und teilt der menschlichen Arbeitsmaschine nur so viel vom Arbeitsvertrage zu, daß es eben gerade ausreicht, sie wieder zu füllen und zu schmieren für die Arbeit am nächsten Tage. Selten etwas mehr, und zumeist weniger. Dann nützt sich die menschliche Arbeitsmaschine schnell ab und verrostet. Und frühzeitig schleppen den Proleten seine Angehörigen und Arbeitsgenossen nach dem Friedhof, ihn, den Schöpfer alles Reichtums und aller Kultur.

Von der Wissenschaft wird behauptet, daß der Sinn jedes Lebens sei, vorwärts zu kommen und sich vorwärts zu entwickeln, bis der natürlichen Entwicklung sich natürliche Grenzen und Widerstände entgegenstellen, die schließlich das Absterben des Einzelnen herbeiführen. Das ist richtig. So liegt es in der Natur mit allen Lebewesen. Das Samenorn treibt ansfangs Wurzeln und Blätter, später Blüten, und diese treiben nutzbringende Frucht. Jede Phase zeigt so ein Bild der Weiterentwicklung zur größeren Vollkommenheit, zur Zweckerfüllung. Das Leben des Arbeiters aber zeigt zumeist das Bild einer einseitigen Abnutzung, ohne vom Fled zu kommen und bald verrottend.

So dient die Arbeit dem Arbeiter nur dazu, sein Dasein in kümmerlicher Weise zu fristen. Er arbeitet, um sich einigermaßen fatteden und notdürftig bekleiden zu können. Er kann in fast allen Fällen nicht daran denken, durch arbeiten vorwärts zu kommen. Ein Arbeitstag gleicht dem andern, grau und eintönig schleicht das Leben dahin, ohne Ausblick auf ein Besserwerden, und nur darauf gerichtet, die nächsten Bedürfnisse zu decken. Wo bleibt da der höhere Sinn des Lebens, der auf Verbollkommenung und Verfeinerung gerichtet ist?

Seien wir kurz. Der große Reichtum, den die Arbeit schafft, läßt dem Arbeiter nur soviel, um notdürftig seine Bedürfnisse zu decken. Dann aber ist die Arbeit nicht mehr Arbeit — sie ist Lohnnechtschaft und Sklaverei. Und wer

solche verdammenwerten Zustände verteidigt, der mit-
braucht die Arbeit und unterwirft sie fremden Zwecken,
über vielmehr den eigenen, egoistischen Zwecken. Vom
durch mühevollen Kapitalistenläßel die dicke Fettschicht für
sich ab und überläßt die übrigbleibende dünne, bläuliche
und fast wertlose Flüssigkeit dem Arbeiter, der seine ganze
Kraft eingesetzt hat, die Schüssel bis zum Rande mit süßem
und fettigem Rahm anzufüllen.

So steht es im heutigen kapitalistischen Klassenstaate.
Der Arbeiter schafft Mehrwerte, der Kapitalist saugt sie ein.
Der Arbeiter arbeitet am Kulturfortschritt, der Kapitalist
macht diese Fortschritte sich und seiner Sippe nutzbar und
das Leben des Arbeiters bleibt trotz eminent nutzbringenden
Schaffens entbehrungsreich und ohne innere Befriedigung.
Jede noch so kümmerliche Erleichterung seines Lebens
muß er dem Kapitalisten mühsam durch seine Gewerkschaft
abrotzen. Die Arbeit aber ist zur Meße des Kapitalismus
degradiert, der sie seinen eigenen egoistischen Zwecken
nutzbar macht, ihre reiche Schönheit für sich genießt
und dem Arbeiter ein dünnes Spillicht übrig läßt.

So wird die Arbeit dem Arbeiter nicht zur Wohltat,
sie wird ihm zum Fluch, zu einer schweren Bürde. Er ver-
richtet die Arbeit nicht aus innerem Drange, er arbeitet,
weil er muß, ohne Lust und Freude. Ist es da nicht eine
gerechte Notwendigkeit, wenn die moderne Arbeiterbewe-
gung — Gewerkschaft und Partei — danach trachtet und
strebt, an die Stelle dieses ungeraden Zustandes Verhält-
nisse zu setzen, die die Arbeit abeln, der Gesamt menschheit
den vollen Arbeitsertrag sichern und so die Arbeiter mit
Lust und Liebe zur Arbeit, mit sorgloser Freude am Da-
sein erfüllen sollen?

Die moderne Arbeiterbewegung strebt auf diese Weise
einem vollkommenen Gesellschaftszustande zu. Sie will es
nicht mehr haben, daß der Arbeiter, der Erzeuger alles
Reichtums und aller Kultur, darbt, daß er übermäßig
lange und angestrengt arbeiten muß. Sie verlangt ferner,
daß er sich anständig kleiden und nicht mehr dahinvegetieren
soll in feuchten, sonnen- und lichtlosen Steinlöchern.
Die schöne Erde bringt des Reichtums so viel hervor, daß
jeder satt werden, jeder sich gut kleiden und angenehm wohnen
kann, und außerdem noch Mühe genug findet, sich zur
geistigen Vollkommenheit entwickeln zu können. Es
ist die Arbeit, die alles schafft, und deshalb lautet die
Devise der nach Gerechtigkeit strebenden Arbeiterbewe-
gung: Alles durch Arbeit und für die Gesamt menschheit!

Was die Arbeit der Menschheit sein soll, das hat schon
vor über hundert Jahren kein Geringerer als Johann
Gottlieb Fichte, der berühmte Philosoph und Ge-
lehrte, in plastischer Form ausgedrückt. Er sagte:

„Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die
Menschheit, sondern es ist die unerläßliche Forderung ihrer
Rechte und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so
gebietend über die Natur, so echt menschlich auf der Erde
lebe, als es die Natur nur irgend gestattet. Der Mensch
soll arbeiten; aber nicht als Lasttier, das unter seiner Bürde
in den Schlaf sinkt und nach der notwendigsten Erholung
der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder
aufgeschraubt wird. Er soll angstlos, mit Lust und mit
Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten; seinen Geist
und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick
er gebildet ist. Er soll nicht gerade mit seinem Lasttier
essen; sondern seine Speise soll von demselben Futter, seine
Wohnung von derselben Stelle sich ebenso unterscheiden,
wie sein Körper unterscheiden ist. Dies ist sein Recht,
daraus, weil er nun einmal ein Mensch ist.“

So sagte Johann Gottlieb Fichte. Und das ist nichts
anderes, als in künstlerischer Umschreibung das Programm
der vorwärtstrebenden modernen Arbeiterbewegung, es
ist das Hohelied der echten Menschlichkeit. Wenn aber ein
Geistesheros wie Fichte schon in Zeiten, als von einer
nennenswerten Arbeiterbewegung noch gar nicht die Rede
sein konnte, das Programm der Freiheit der Arbeit in solch
scharfsinniger Form verkündete, wie gerecht und wissen-
schaftlich begründet ist da heute die Forderung der Ar-
beiter, daß Arbeit und Arbeiter frei werde und die
Ehre genießen, die ihnen zukommt!

Die Befreiung der Arbeit ist heute die Aufgabe des
Proletariats. Gewerkschaften wie Sozialdemokratie sind
eifrig bemüht, trotz aller Anfeindungen durch die privile-
gierten und heftigen Klassen, der Arbeit ihr gesundes
Recht zu verschaffen. Es ist eine hehre, aber auch ebenso
notwendige Aufgabe, die die Arbeiter zu lösen hat,
aber sie wird das gesteckte Ziel erreichen trotz aller Nieder-
tracht und allen wütenden Widerstandes jener, die heute
wohlgenährt auf feinem Hügel ruhen und voller Nicht-
achtung herabschauen auf die Arbeit, die sie im Grunde
ihres Herzens verachten, nichtskostentender aber ihre
Früchte genießen und zwar in oftmals geradezu verschwän-
derlicher und wahnsinniger Weise.

Und wer von den Arbeitern beim Streben nach Recht
und Freiheit noch nicht auf der Seite des kämpfenden
Proletariats zu finden ist, der sollte das so schwer Ver-
säumte sofort nachholen!

Es gilt die Arbeit zu befreien!
Es gilt der Freiheit Aufbruch!
Der Erde Glanz, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht —
Dem ganzen Volke sei's gegeben!

Es gilt die heilige Lohnflabelei durch den Sozialis-
mus zu ersetzen. Und in diesem notwendigen und gerechten
Kampfe darf keiner fehlen! Jeder gehört in die
Front, jeder in seine Gewerkschaft, jeder als tätiges Glied
in die politische Bewegung!

Um so eher werden die goldenen Worte Johann
Gottlieb Fichtes ihrer hohen Erfüllung entgegengehen!

Die Volksversicherung.

Die hohen Verwaltungskosten bei den Ver- sicherungsgesellschaften.

Nachdem gezeigt worden ist, wie ein Bombenkriegs-Direktor,
Aufsichtsrat und Aktionäre bei den kapitalistischen Lebens-
versicherungsgesellschaften machen, wollen wir diesmal einen

weltlichen Mißstand, der ganz besonders bei der Volksversicherung
herrscht, beleuchten: ihre enorm hohen Verwaltungskosten.
Es liegt im System der kapitalistischen Versicherung,
die ausschließlich auf dem Grundsatze des persönlichen Eigennutzes
und nicht auf dem der Solidität der Versicherten beruht, daß
deren Verwaltungskosten hohe sein müssen. Eine freiwillige
Mitarbeit läßt sich nur dort erwarten, wo der kapitalistische Erwerbs-
charakter ausgeschlossen ist. Wenn in einer Gesellschaft an die
Aktionäre Dividenden bis zu 25 pSt. gezahlt werden, kann ihren
Agenten nicht zugemutet werden, daß sie gegen eine geringe Ent-
schädigung aus idealer Begeisterung arbeiten.

Mit der Größe des Geschäfts wachsen die Einnahmen, wird
das Risiko der Lebensversicherung ein geringeres und steigen
naturgemäß bei den kapitalistischen Gesellschaften die Lohntien
und Dividenden. Um ein großes Geschäft zu machen, ist aber
der Abschluß vieler Versicherungen notwendig; um diesen zu er-
zielen, sind deshalb die Abzweigungen und Provisionen für die
Agenten fortgesetzt gesteigert worden. Wenn die „Victoria“ bei
ihrer Volksversicherung im Durchschnitt der letzten acht Jahre für
jede Neuanwerbung eines Versicherten rund 6 M. zahlte, so wird
wohl kein objektiv Urteiler einen solchen Zustand nach als
einen gesunden bezeichnen wollen. Sechs Mark für eine
Anwerbung bedeutet, daß der Versicherungs-
nehmer bei 10 1/2 Wochenbeitrag über ein Jahr
Prämien bezahlt haben muß, ehe einmal die
Kosten für den Eingang seiner Versicherung ge-
deckt worden sind. Die hohen Abschlußprovisionen werden
sehr leicht dazu, daß ein Teil der Agenten Leute zum Abschluß
einer Versicherung über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse hinaus
zu überreden suchen, und daß dann infolge dessen der Verlust von
Versicherungen in den ersten Jahren ein ganz enormer ist. Der
große Verlust von Versicherungen aber ist es in erster Linie, der
die Volksversicherung im Volk in Mißkredit gebracht hat.

Zu den hohen Abschlußprovisionen kommen die hohen Kosten
für die Eintastung der Prämien (Zustastungen). Um Miß-
verständnisse vorzubeugen, wollen wir ausdrücklich betonen, daß
die Bezahlung der Agenten keineswegs eine so hohe ist; die
Mängel liegen im System, nicht in den Personen. Wenn die
Versicherungsgesellschaften auf England und Amerika verwiesen,
wo die Verwaltungskosten noch höher sind, so ist die Ursache eben
die, daß dort die Agenten anständiger bezahlt werden als in
Deutschland; das System ist aber überall dasselbe. Eine
Verringerung desselben ist nur möglich, wenn, wie bei der „Volks-
fürsorge“, Organisationen mit großer Mitgliederzahl Träger der
Volksversicherung sind.

Wir werden diese Frage später noch eingehend erörtern, zu-
nächst jedoch einmal die jetzige Höhe der Verwaltungskosten bei
der Volksversicherung beleuchten. In der Januar-Ausgabe ihrer
Monatsblätter bringt die „Victoria“ eine durchaus treffende
Darstellung über die Verwaltungskosten bei der Volksversicherung
im Jahre 1911, indem sie diese im Vergleich stellt, nicht zur
Prämieinnahme, sondern zur Gesamteinnahme, der erstere also
die Zinsen und Gewinne aus Kapitalanlagen hinzurechnet. Eine
solche Methode der Berechnung ist durchaus falsch und nur darauf
anlegt, die „Victoria“ gegenüber anderen, jüngerer und kleineren
Gesellschaften, deren Kapitalien nicht so groß sind, in bestem
Glanz erscheinen zu lassen. Nach den veröffentlichten Angaben
der „Victoria“ haben wir in der nachstehenden Tabelle die
Provisionen und Verwaltungskosten im Verhältnis zu der
Prämieinnahme berechnet, wodurch allein der richtige Maßstab
zur Beurteilung der Verwaltungskosten gegeben ist.

Gesellschaften	Einnahmen aus Prämien und Zinsen für selbst- abgeschlossene Versicherungen in Tausende Mark	Ausgaben für Provisionen und Verwaltungskosten nebst Rest für aus- geschlossen oder übernommenen Versicherungen in Tausende Mark	Prozente her- vorkom- mend
Victoria.....	70 287	16 919	24,1
Friedrich Wilhelm..	20 489	7 172	29,8
Urania.....	8 198	1 818	31,1
Wilhelma.....	4 874	1 486	30,5
Deutschland.....	1 509	564	37,4
Urania.....	1 870	794	42,5
Darmstadt-Mannheim	1 585	598	38,6
Urania.....	1 210	476	39,6
Summa....	110 667	29 825	26,8

Zahlen über die Verwaltungskosten der übrigen Gesellschaften
sind leider nicht zur Verfügung, da in den bisherigen
statistischen Veröffentlichungen über die Lebensversicherungsgesell-
schaften im Jahre 1911 die Verwaltungskosten für die große und
kleine Lebensversicherung zusammen, nicht getrennt voneinander
aufgeführt sind.

Gerade eine Gegenüberstellung der Verwaltungskosten der
großen und der kleinen Lebensversicherung gibt uns aber erst ein
richtiges Bild ihrer enormen Höhe bei der Volksversicherung.
Für die „Victoria“ und die Friedrich Wilhelm“ war es uns mög-
lich, an der Hand ihrer Geschäftsberichte eine getrennte Dar-
stellung ausarbeiten zu können.

Raummangel wegen können wir hier nur von dem Gesamt-
ergebnis Kenntnis geben. Die Statistik für die „Victoria“ von
1904 bis 1911 ergab folgendes:

Große Lebensversicherung.	
Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen.....	177 588
Prämieinnahme.....	355 305 599 M.

Die Ausgaben betragen:
für Abschlußprovisionen..... 18 559 154 M.
mithin per Abschluß einer Verl. 104,51 M. = 5,22% der Pr.-E.
Zustastungen..... 7 023 667 „ = 1,96% „ „ „
sonstige Verwaltungskosten 10 610 148 „ = 2,98% „ „ „
Gesamtverwaltungskosten 36 192 976 „ = 10,18% „ „ „

Volksversicherung.	
Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen.....	3 318 019
Prämieinnahme.....	455 517 099 M.

Die Ausgaben betragen:
für Abschlußprovisionen..... 19 789 102 M.
per Abschluß einer Verl. 5,90 M. = 4,94% der Pr.-E.
Zustastungen..... 57 989 777 „ = 12,72% „ „ „
sonstige Verwaltungskosten 29 276 657 „ = 6,43% „ „ „
Gesamtverwaltungskosten 107 055 536 „ = 23,47% „ „ „
Nach unserer Zusammenstellung für die „Friedrich Wilhelm“
von den Jahren 1908, 1910 und 1911 ergeben sich folgende Resultate:

Große Lebensversicherung.	
Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen.....	66 806
Prämieinnahme.....	50 028 400 M.

Die Ausgaben betragen:
für Provisionen..... 4 197 718 „ = 8,38 pSt. d. Pr.-E.
für sonstige Verwaltungskosten 3 782 610 „ = 7,52 „ „ „
Gesamtverwaltungskosten 7 980 328 „ = 15,91 „ „ „

Volksversicherung.	
Zahl der neuabgeschlossenen Versicherungen.....	1 381 020
Prämieinnahme.....	86 745 283 M.

Die Ausgaben betragen:
für Provisionen..... 11 881 285 „ = 13,69 pSt. d. Pr.-E.
sonstige Verwaltungskosten 18 782 084 „ = 15,89 „ „ „
Gesamtverwaltungskosten 30 663 369 „ = 35,38 „ „ „
Vergleichen wir einmal! Die gesamten Verwaltungskosten
sind bei der Volksversicherung der „Victoria“, trotz der enorm
hohen Anwerbekosten für hohe Versicherungen (104,51 M. für den
Abschluß einer Versicherung) mehr als doppelt so hoch wie bei der
großen Lebensversicherung.

Besonders auffällig ist die Verteilung der sonstigen Ver-
waltungsausgaben — also die Ausgaben für Gehälter und Pen-
sionierungen, für Reisekosten, Bureaukosten, Druckkosten, Ge-
schäftsbesitzer, Interaktionsgebühren, Porto, Arzthonorare, Prozeß-
kosten — auf die beiden Abteilungen. Bei der Volksver-

sicherung beträgt die Belastung mit sonstigen Verwaltungskosten
in acht Jahren 29,8 Millionen Mark, oder prozentuell von der
Prämieinnahme gerechnet: bei der Volksversicherung 29,8 pSt.,
bei der großen Lebensversicherung 15,89 pSt.
Wir beweisen, daß die „Victoria“ ohne den Organisations-
apparat der Volksversicherung imstande wäre, den reichen Leuten,
welche Lebensversicherungen von über 10 000 M. abzuschließen in
der Lage sind, die Versicherung mit dem geringen Verwaltungs-
kostenfuß von 10,18 pSt. der Prämieinnahme zu bieten.
Auch bei der „Friedrich Wilhelm“ haben wir dieselbe auf-
fällige Erscheinung wie bei der „Victoria“. Die sonstigen Ver-
waltungskosten betragen bei der großen Lebensversicherung
15,89 pSt., bei der Volksversicherung 23,47 pSt.,
sind also mehr als doppelt so hoch.

Bei dem ineinander greifenden Organisationsapparat für die
große und kleine Lebensversicherung ist eine genaue Trennung der
sonstigen Verwaltungskosten bei den einzelnen Posten natürlich
nicht immer durchführbar; wir erkennen auch ohne weiteres an,
daß durch die Eintastung kleiner Wochenbeiträge höhere Ver-
waltungskosten verursacht werden als bei der Erhebung von
Monats-, Quartals- oder Jahresbeiträgen; andererseits ist jedoch
das ganze Verfahren in der Antragsbehandlung bei der Volks-
versicherung infolge des Fortfalls der ärztlichen Untersuchung viel
simpler und einfacher als bei der großen Lebensversicherung. Die
summarische Behandlung der Versicherungsanträge verbilligt die
Verwaltungskosten wieder und so entfällt ein gewisser Ausgleich
in deren Höhe bei der kleinen und der großen Lebensversicherung.

Angesichts dieses Umstandes erscheint uns die mehr als
doppelt so hohe Belastung der Volksversicherung mit sonstigen
Verwaltungskosten nicht gerechtfertigt. Sollte nicht auch hier der
Anteil, den das „Volk“ zu zahlen hat, wie so häufig in der
kapitalistischen Gesellschaft, etwas zu hoch bemessen sein?

Jedenfalls steht aber fest: die Volksversicherung war bisher
mit so hohen Verwaltungskosten belastet, daß wirklich nicht be-
hauptet werden kann, durch sie werde das Volkswohl gefördert.

J. B. v. Schweitzer und die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist v. Schweitzer eine
historische Persönlichkeit. War er es doch, der den gewerkschaftlichen
Organisationsgedanken unter den Arbeitern selbst propagierte.
Zu einer Zeit, in der in Deutschland noch die Koalitions-
verbote bestanden — 1868 fiel das Koalitionsverbot erst in Sachsen
und 1869 wurde das Koalitionsrecht durch die Schaffung der Reichs-
gewerbeordnung den Arbeitern in Deutschland erst allgemein ge-
währt —, war er einer der ersten, der zur Schaffung von Gewerkschafts-
organisationsvereinen auftriet. In der sozialdemokratischen
Partei fand diese seine Tätigkeit nicht ungeteilten Beifall. Die
Lassalle'sche Richtung sprach der Gründung von Gewerkschaften keine
große Bedeutung für den Kampf der Arbeiter zu, weil die Gewerkschaften
doch nicht das eiserne Lothgeiz überwinden könnten.
Schweitzer setzte im Verein mit Fröbel entgegen dieser Meinungs-
richtung dennoch sein Vorhaben durch, einen deutschen Arbeiter-
kongress zur Gründung allgemeiner, nach verschiedenen Berufs-
arten gegliederter Gewerkschaften, am 26. September 1868 nach
Berlin einzuberufen, auf dem es denn auch nach scharfen Ausein-
setzungen mit Dr. Frick vom Gewerbeverein zur Gründung
von Gewerkschaften kam.

Ueber Schweitzer nicht nur als politischen Arbeiterführer,
sondern auch als ökonomischen Aufklärer etwas Näheres zu er-
fahren, dürfte auch für die jetzigen Gewerkschaftsmitglieder von
Interesse sein. Namentlich aber dürften seine Ansichten über das
Koalitionsrecht und über Streiks wegen seiner historischen Stellung
von Interesse für die Jetztzeit sein. Franz Mehring hat in jüngst
ein Werk über die Persönlichkeit v. Schweitzers veröffentlicht, das
ihn zwar in der Hauptsache als Politiker würdigt, in Briefen und
Aufsätzen aber auch seine Ansichten zu der Gewerkschaftsfrage
enthält.

Schweitzer war zwar auch in den Anschauungen der da-
maligen Zeit befangen, auch er war der Meinung, daß durch Streiks
die Lage der arbeitenden Klasse nicht wesentlich verbessert werden
könne. Er schrieb den Streiks die ausgedehnte, nicht hoch genug
anzuschlagende Eigenschaft zu, daß sie besser als irgend ein anderes
Mittel geeignet sind, eine Arbeiterbewegung, die bisher noch nicht
zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt war, aus ihrem Schlummer
aufzuwecken, ihr ihre Rückbildung in der Gesellschaft und
zugleich die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zum Bewußtsein zu
bringen. Er kommt nach wissenschaftlichen Untersuchungen zu dem
Urteil, daß die Streiks zwar ökonomisch notwendig erfolglos sein
müßten, nichtsdestoweniger aber ein vorzügliches Mittel seien, um
der Arbeiterklasse ihre eigentliche Klassenkenntnis beizubringen.
Mag uns dieses Urteil über den Wert der Streiks auch heute nicht
vollständig erscheinen, denn die Streiks haben im Laufe der Zeit
ihre Hauptaufgabe: für eine Besserung der Lebenshaltung der Ar-
beiter zu sorgen, erfüllt und nur nebenher agitatorische Wirkungen
erzielt, so entsprang diese Ansicht der damals nur erst wenig ent-
wickelten politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung.

Doch nicht um materielle Erzeugnisse wurden damals
Streiks geführt. Im Jahre 1847 hatten die Arbeitsein-
stellungen in Frankreich und in England eine solche Höhe erreicht,
daß sie auch in Deutschland Aufsehen erregten. Und so entstanden
unter den Berliner Arbeitern wegen der Verletzung des Koalitions-
rechtes in spontaner Weise die ersten Streiks; ebenso auch in Wurg
und in Leipzig. Der Kampf um das Koalitionsrecht wurde von
den deutschen Arbeitern eifrig aufgenommen. Bei diesem Kampf
um die Erringung des Koalitionsrechtes stellte sich Schweitzer in
die Reihen der rechtlosen Arbeiter. Dem Koalitionsrecht sprach er
den nicht zu unterschätzenden Nutzen zu, daß dadurch die Selbst-
ständigkeit des Mannes erhöht wird, daß das Gewöhnliche an Be-
vormundung von oben allmählich schwindet und einem dem ent-
sprechenden Staatsgeiste sich nähernden Sinne weichen muß, und für die
eigenen Interessen eintreten zu können; mit einem Wort: der
deutsche Polizeistaat würde gründlich durchbrochen werden.

Lebte Schweitzer heute noch, so würde er sehen, daß der
deutsche Polizeistaat noch nicht durchbrochen ist, sondern daß eben
dieser Staat sich in den bald fünfzig Jahren immer wieder bemüht
hat, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu schmälern, und daß be-
sonders gegenwärtig wieder Mächte am Werke sind, um den Ar-
beitern dieses Koalitionsrecht freit zu machen. So haben die
Aufsichten Schweitzers in der gegenwärtigen Zeit besonderes Inter-
esse, und wer sich über die damalige Zeit, ihre Kämpfe und Aus-
sichten über das für die Arbeiter so wichtige Staatsbürgerrecht
orientieren will, dem sei die Anschaffung des von Franz Mehring
herausgegebenen Buches empfohlen. Georg Schmidt.

Wer ist ein Held?

Eine Episode aus dem Existenzkampf
eines Tabakarbeiter's.

Schon in alten Zeiten, wenn ein Feldherr oder irgend
ein Anführer einer Soldnerchar siegreich aus einer
Schlacht heimkehrte, wurde er als Held gefeiert. Nach dem
deutsches-französischen Kriege 1870/71, als Tausende Hil-
fende Menschenleben auf dem Schlachtfelde dahingemordet
waren, und der damalige König von Preußen, nachmaliger
Kaiser Wilhelm I. von Deutschland, wohlbehütet vor den
feindlichen Kugeln, als Sieger in Berlin einzog, feierte
man ihn als Held. Wenn bei einem Ball der „oberen
Beinhauten“ ein schneidiger Leutnant verjüngte Frauen-
herzen im „Sturm erobert“, so ist er der „Held des Tages“
usw.

* Politische Aufsätze und Reden von J. B. v. Schweitzer. Mit
Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von D. Fr. Mehring.
Vormwärts-Verlag. Preis broschiert 3 M., gebunden 4 M.

Obst es unter denjenigen, die alle Werte schaffen, woran sich die menschlichen „Drohnen“ mühelos erfreuen können, auch Helden? Gewiß! In einem Fabrikdorf in Unterbaden verheiratete sich von Jahren ein Tabakarbeiter mit einer Tabakarbeiterin. Die Beiden führten eine gute Ehe und fühlten sich glücklich. „Doch mit des Geschicks Mächten, ist kein ewiger Bund zu flechten, und das Unglück schreitet schnell.“

Vor zirka drei Jahren begann die Frau, die mittelwellige Mutter von vier Kindern geworden war, zu kränkeln und stieg langsam dem Tode entgegen. Nun begann für den Mann ein heißes Ringen ums Dasein. Neben der zehntätigen Fabrikarbeit hatte er auch noch die Arbeit für den Haushalt zu bewältigen; die vier Kleinen machten gewaltig zu schaffen. Kurz, es war ein Kampf, in dem vielleicht manch Stärkerer unterlegen wäre. Wer weiß, ob dem Manne nicht manchmal der Gedanke gekommen ist, diesem jammervollen Dasein ein Ende zu machen; er energisch führte er den Kampf durch, bis zum Tode seiner Frau und wird ihn weiterführen. Das ist ein Held.

Was gab diesem Proleten wohl die Kraft und Ausdauer, um nicht zu unterliegen? Die frohe Hoffnung auf eine bessere Zukunft wird es wohl gewesen sein.

Kollegen und Kolleginnen! „Wer ist nun zum großen Teile mit Schuld an den Zuständen dieser „herrlichen, göttlichen Weltordnung?“ Die Arbeitererschaft selbst ist es. Aus Dichtermund klingt uns das glückverheißende Wort entgegen: „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und würd' er in Ketten geboren.“ Ein großer Teil der Arbeiter weiß es jedoch nicht, sie scheinen es nicht zu wissen, daß sie als freie Menschen geboren sind, und daß sie auch das Recht haben, als Menschen zu leben. Deshalb rufen wir all' denen, die der modernen Arbeiterbewegung noch fernstehen; zu: „Tretet ein in unsere Reihen und kämpft mit in dem Befreiungskampf vom Joch des Kapitalismus, daß wir endlich einmal ein besseres, menschenwürdigeres Dasein führen können!“
F. S., Nußloch.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der Gewerbeinspektion des Fürstentums Schaumburg-Lippe. Nur 2 Betriebe mit 29 Arbeitern waren in Schaumburg-Lippe im Jahre 1911 der Gewerbeinspektion unterstellt; erwachsene männliche Arbeiter waren 11, Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren waren 7. In einem Betriebe mit 17 Arbeiterinnen wurde eine Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen an Vorabenden von Sonn- und Festtagen über die gesetzlich festgesetzte Zeit ermittelt. Ferner wurde festgestellt, daß in einer Zigarrenfabrik 7 jugendlichen Arbeiterinnen keine Nachmittagspause gewährt wurde. Bestrafungen wegen dieser Zuwiderhandlungen sind nicht erfolgt.

Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der Gewerbeinspektion des Fürstentums Lippe. Die der Gewerbeinspektion unterstellten Anlagen zur Anfertigung von Zigarren betragen im Fürstentum Lippe im Jahre 1911 54 mit 574 Arbeitern, da im Vorjahre die Zahl der Arbeiter 785 betrug, so ist also ein Rückgang von 211 eingetreten. Zurückgegangen ist die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter sowohl wie die der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter setzt sich zusammen aus 349 erwachsenen männlichen Arbeitern, 138 Arbeiterinnen über 16 Jahre und 55 männlichen und 32 weiblichen Arbeitern von 14 bis 16 Jahren.

Ueber den Geschäftsgang heißt es im Bericht: „Weit schlechter noch lagen die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie. Hier waren zu Beginn des Jahres die ungünstigen Einwirkungen der Steuergesetzgebung noch nicht überwunden, als durch Lohnkämpfe, verbunden mit Streik und Aussperrung, weitere große Schwierigkeiten entstanden. Zu alledem trat infolge des trockenen Sommers und der hervorragend schlechten Gemüseernte und der damit verbundenen erheblichen Teuerung aller Lebensmittel eine wirtschaftliche Depression für viele Arbeiterfamilien ein, wie solche seit langen Jahren beobachtet werden konnte. Die üblichen Nahrungsmittel waren für die Arbeiter nicht mehr erschwinglich, so daß die Nachfragen nach minderwertigen Surrogaten und Ersatzmitteln immer lebhafter wurde, um durch diese die bisher gewohnten Lebensmittelarten wenigstens vorzutauschen.“

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden 2 ermittelt; es handelte sich um Anzeigen und Aushänge. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurden 5 ermittelt, und zwar handelte es sich in 2 Fällen um Arbeitsbücher, in 2 Fällen um Anzeigen, Verzeichnisse oder Aushänge und in 1 Fall mit 2 Arbeitern um die Dauer der Beschäftigung. Außerdem wurde bei 3 Kindern festgestellt, daß ihre Beschäftigung überhaupt nicht gestattet war.

In bezug auf die hygienischen Verhältnisse in Zigarrenfabriken äußert sich der Bericht: „In einer größeren Anzahl von Betriebsstätten, wo die Arbeiter im Sitzen beschäftigt werden, namentlich in den Betrieben zur Anfertigung von Zigarren und in den Nähstuben, mußte die mangelhafte Lüftung beanstandet werden. In taller Jahreszeit verabsäumt man gern, die Arbeitsräume der Zigarrenbetriebe entsprechend den gesetzlichen Vorschriften täglich mindestens dreimal eine halbe Stunde lang zu lüften. Auch sucht man das täglich mindestens einmal geforderte Abwischen oder feuchte Abreiben des Satzes vom Fußboden durch einfaches trockenes Ausjagen zu ersetzen.“ In einer anderen Stelle wird mitgeteilt, daß Ausnahmegesetzungen von den gesetzlichen Vorschriften in bezug auf die Höhe der Arbeitsräume und den Luftinhalt auf die Person 6 Inhabern von „Zigarrenwerkstätten“ erteilt worden ist.

Tabakmarkt und Tabakpreise. Wie jene, die auf einen merklichen Rückgang der Preise auf dem holländischen Tabakmarkt gehofft haben, sind bei den bisher stattgehabten Einschreibungen getäuscht worden. Zunächst hieß es, daß die letzte Sumatraernte sehr reichlich und gut ausgefallen sei und daß die Farbe und der Brand nichts zu wünschen übrig lassen würden. Die darauf gesetzten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Vor allem ist der Preis nicht zurückgegangen, wie denn für Sumatra- und Zaba-dachblatt (besonders Wortland), wie es zur Zeit für die Fabrikation verlangt wird, durchschnittlich noch höhere Preise als im Vorjahre gezahlt werden müssen. Auch heuer bewilligte man für Sandblatt wahre Phantastpreise. Die Berichte lassen auch erkennen, daß die Ernte nicht entfernt so reichlich ausgefallen ist, als es zuvor hieß. Amerika tritt, wie in den letzten Jahren, auch diesmal als starker und zahlreicher Käufer auf. Für die deutsche Zigarrenindustrie, die bei ihrem riesigen Verbrauch an Sumatra, Zaba und Borneo an dem Ergebnis der Ernte und den Preisen sehr interessiert ist, bedeutet die Situation auf dem Markt natürlich keine Besserung der ohnehin recht ungünstigen Verhältnisse, zumal eine Einschränkung des Verlangens nach hellen bzw. grauen Farben kaum oder gar nicht eingetreten ist. Die Zigarrenarbeiter haben weiter ihre Dual mit dem in der Verarbeitung oft unzulänglichen Tabak und sollen möglicherweise noch mehr als bisher aus Dred Rosinen machen. Da die Arbeitsgelegenheit sehr eingeschränkt ist, werden unsere Fabrikanten die Zigarrenarbeiter die Kosten der unheilvollen Konkurrenz in unserem Gewerbe in erhöhtem Maße tragen lassen wollen. Wit meinen, daß jetzt eigentlich das Wort schon zutrifft: Höher (oder tiefer?) geht's nimmer.

Arbeitsteilung in der Zigarrenindustrie. In Nr. 38 der „Südb. Tabakzeitung“ erschien ein Artikel, der sich mit der Arbeitsteilung in der Zigarrenindustrie beschäftigte. Die Redaktion wünschte, daß sich ihre Leser aus der Zigarrenindustrie in Zuschriften über die angeführte Frage äußern möchten. In Nr. 41 ist dann auch schon eine solche Zuschrift veröffentlicht; weitere Zuschriften sind bereits eingegangen und werden dieselben demnächst veröffentlicht. Es dürfte selbstverständlich sein, daß auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie bei dieser Frage durchaus interessiert sind. Wir werden deshalb die in der „Südb. Tabakzeitung“ niedergelegten Anschauungen und Vorschläge einer Besprechung unterziehen, und zwar dann, wenn eine Reihe der angeführten Zuschriften veröffentlicht worden ist, um nicht etwa wiederholen zu müssen.

Reichstagsbrief.

Gleichgültigkeit der Arbeit. Unter dieser Ueberschrift finden wir in Nr. 26 der Vereinigten Tabak-Zeitungen folgende Bemerkungen:

Es ist eine bekannte Tatsache, daß derjenige, welcher ständig ein und dieselbe Arbeit zu leisten hat, allmählich gegen diese Arbeit abgeschumpft wird, wenn sie wenig Abwechslung bietet. Die Folge wird unter diesen Umständen sein, daß die Arbeit mit größter Gleichgültigkeit geleistet wird. Durch einen Wechsel der Arbeit wird neue Arbeitskraft verlangt, die gleichzeitig ein höheres Interesse herbeiführt. Neben der ständigen Gleichgültigkeit der Arbeit stumpt aber auch ein fortgesetztes Tabak seitens des Vorgesetzten außerordentlich ab und verursacht eine Gleichgültigkeit bei der Arbeit, die letzten Grundes wieder eine schlechte Ausführung derselben herbeiführt. Es ist also ein Fehler des Geschäftsleiters, wenn er seine Angestellten durch ständiges Tabak zur Arbeit anzufeuern sucht.

Anscheinend sind diese Zeilen im Gedanken an die kaufmännischen Angestellten abgedruckt worden. Aber wenn irgend eine Tätigkeit abtumpfend ist, so ist es die der Tabakarbeiter, außerdem bringt nicht selten fortgesetzter, ja systematisch betriebener Tabak die Tabakarbeiter, vornehmlich aber Zigarren- und Wickelmacher, zur Verzweiflung. Nicht nur, daß keine Freude an der Arbeit aufkommen kann, sondern auch der Verdienst leidet schwer darunter. Die Anforderungen, die seitens Fabrikanten und Meister an die Arbeiter gestellt werden, sind oft übertrieben, zumal wenn der gezahlte Lohn der geforderten Leistung nicht entfernt entspricht. Da man in Zeiten schlechter Geschäftskonjunktur das Quälen der Arbeiter besonders betreibt, während man bei flottem Geschäftsgang weniger Anforderungen stellt, ist bewiesen, daß die Ware selbst eine solche Behandlung der Arbeiter nicht verlangt. Oder wollen die Fabrikanten behaupten, daß sie in guten Zeiten schlechtere Waren verkaufen? Gleichgültig werden die Tabakarbeiter durch die Quälerei allerdings nicht und wehe ihnen, wenn ihre Arbeit schlechter würde! Wir unterstreichen gern noch einmal den Satz: Es ist also ein Fehler des Geschäftsleiters, wenn er seine Angestellten (und Arbeiter!) durch ständiges Tabak zur Arbeit anzufeuern sucht.

Die Aussperrung in Holland. Betreffs der Aussperrung wird uns von Holland mitgeteilt, daß diese noch unverändert fort dauert und ein baldiges Ende noch nicht zu ersehen ist. In den letzten Wochen haben zwei Unterhandlungen mit den Unternehmern nebst anschließender ausführlicher Korrespondenz stattgefunden. Hieraus war zu entnehmen, daß den Unternehmern das Feuer auf den Nägeln brennt und sie ein Ende des Kampfes herbeiführen. In der Unternehmerorganisation herrschen Unstimmigkeiten, verursacht durch Produktionsmangel und teilweise androhtem Austritt. Die Arbeiterorganisationen sind gewillt, den Kampf zu beendigen, sobald die Unternehmer ihre Lohnforderungen anerkennen. Nun sind von den Unternehmern zwar einige Zugeständnisse betreffs des Minimallohnes für Form- und Handarbeit gemacht worden; jedoch waren dieselben zu unbedeutend, als daß sie für annehmbar erklärt werden konnten. Weiterhin versprachen die Unternehmer, in Zukunft noch weitere Zugeständnisse zu machen, wenn jetzt eine Beendigung des Kampfes erfolgt. Wir sind der Auffassung, daß die Unternehmern gezwungen sein werden, nach kurzer Zeit noch bedeutende Zugeständnisse zu machen. Der Unternehmerverband, welcher bisher stets die Unterhandlungen selber geführt, hat nunmehr seinerseits eine Lohnkommission ernannt und derselben das letzte Schreiben der vier Arbeiterorganisationen zugestellt. Die betreffende Lohnkommission hat daraufhin sofort die Hauptvorstände der vier Arbeiter-

organisationen zu einer Unterhandlung eingeladen, welche am 8. April stattfinden soll. In der nächsten Woche wird das Resultat dieser Unterhandlung bekannt gegeben werden.

Ungefähr 45 Orte sind von der Aussperrung betroffen worden. Die Anzahl der Aussperrten beträgt insgesamt 4700. Hiervon gehören gut 3000 der freien Gewerkschaft an, 900 sind Mitglieder der syndikalistischen Föderation, 400 gehören der christlichen Gewerkschaft und 470 dem Römisch-Katholischen Verbands an. In nächster Woche wird ausführlicher berichtet.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Wie berichtet wurde, sind die Tabakarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten. Sämtliche mit den dänischen Fabrikanten abgeschlossenen Verträge sind gelündigt worden. Vor Zugang nach Dänemark wird streng gewarnt.

Amsterdam. Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie Hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, wobei es in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem zur Arbeitseinstellung kam. Die vereinigten Zigarrenfabrikanten antworteten mit der Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter. Vor Zugang nach Holland wird streng gewarnt.

Weimar. Bei der Firma Gebr. Brenner (Joh. G. Ewers) hatten die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Firma bewilligte auf 16 Sorten 50 % pro Woche. Außer bei zwei Sorten ohne Köpfe, für die es 8,50 M gibt, beträgt der Minimallohn nunmehr 9 M. Mit dieser Lohnhöhung wurden auch alle Nebenarbeiten besetzt.

Spremberg. Bei der Firma W. Mohnick & Co. kam es bei Einführung einer neuen Sorte zu Differenzen. Die Arbeiter forderten 75 % mehr, als für die Sorte geboten wurde. Nach längerem Verhandeln kam die Firma der Forderung nach in der Weise, daß sie 50 % sofort zulegte und 25 % am 1. Mai zulegen will.

Hamburg. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

Wöhren.

Man schreibt uns: Als wir den Zusammenbruch der „Christlichen“ Organisation in Wöhren der Öffentlichkeit übergeben, da wußten wir, daß die „Christen“ und allen voran das Organ des „Christlichen“ Tabakarbeiterverbandes an Verdrehungen und Wortklaubereien das Neueste leisten würde, um zu beweisen, daß alle unsere Behauptungen Schwindel seien. Unsere Erwartungen sind übertroffen worden. Das „Wohraus“ der „Christen“ beweist uns aber auch, daß ihnen der Fall Wöhren große Schmerzen verursacht hat. Wer die schwarzgelben Brüder so kennt, wer ihr lichtliches Schreiben so durchschaut hat wie wir, der kennt die Stelle, wo sie zu treffen sind. Nettelstedt und Wöhren waren Keimzellen auf die „Christlichen“ Wechler. Das hat ihr Geschrei bewiesen: Was haben die „Christlichen“ nun möglichen können? Resigniert haben sie, daß sie aus Wöhren hinausgeschmissen sind.

Um aber etwas Bericht zu können, mußten die Christen erst verdröhnen. Wir hatten geschrieben, daß die Wöhrener Ortsgruppe mit der Quartalsabrechnung das Verbandsmaterial dem Vorstande eingehandt hätten. Das soll doch heißen, daß bei Schluss des vierten Quartals 1912, also Anfang Januar, die Ortsgruppe sich aufgelöst hat. Die „Christlichen“ Mitglieder hatten der zahllose Werke Nachsicht geschickt, daß sie zum freien Verband übertraten wollten. Dieses ist denn auch geschehen. Zwei Mitglieder haben dann noch bis zum 23. Februar ihre Beiträge an den „Christlichen“ Verband weitergezahlt. Am 22. Februar war Schlichter in Wöhren in einer Versammlung. Am 23. Februar haben sich auch diese zwei letzten „Christlichen“ Mitglieder abgemeldet. Am 24. Februar sind die beiden Mitglieder der Ortsgruppe in Wöhren. Das im 1. Quartal nur zwei Mitglieder bis zum 23. Februar bezahlt haben, mußten wir auch. Das „Christliche“ Organ tut nun so, als sei der Zusammenbruch von uns auf Ende Februar festgestellt worden, als noch zwei Mitglieder vorhanden gemeldet seien. Unsere Angabe, daß dieses beim Quartalsabschluss schon geschehen sei, wird einfach ignoriert, um so in die Lage zu kommen, sich einen Schein von Recht zu geben. Aus einem leeren Wahrheit wird ein greulicher Brei flüchtig zusammengewürfelt. Diese Leute nennen sich dann noch Christen. Nun hat man im „Christlichen“ Organ veröffentlicht, bis zu welchem Tage Beiträge an den „Christlichen“ Verband gezahlt worden sind. Alle Datums konnten wir nicht kontrollieren. Was wir kontrollieren konnten, stimmt nicht. Nicht bis zum 30. September, wie im „Christlichen“ Organ angegeben wird, sondern bis zum 15. Januar sind Beiträge gezahlt worden. Welch eine Schamperlei ruft im „Christlichen“ Verbands herrschen, daß solche Zeitläufer möglich sind! Oder sollte hier kein Irrtum, sondern ein „Christlicher“ Schwindel vorliegen? Wir haben aus dem Munde der Kollegin Friederike Stahlmann gesehen, daß die Angaben falsch sind, und damit haben sich die „Christen“ selbst entlarvt. Alles Schimpfen und die Schlussfolgerungen des „Christlichen“ Organs fallen daher auf die „Christen“ selbst zurück.

In der letzten Nummer des „Christlichen“ Organs versucht man die Fäden dieser heillosen Schamperlei zu entwirren. Nun weiß das Blatt, woran es liegt, daß die Entwirrung so schwer ist und warum vom 30. September bis zum 15. Januar keine Marken nachgeschickt sind, weil tatsächlich abgeschickelte Marken bis zum 15. Januar vom „Christlichen“ Verband geliebt sind. Darum ist die Entwirrung für das „Christliche“ Organ so schwer, weil es unrichtiges Material bekommen hat. Mit falschen Angaben werden ehrliebe Leute als Schwindler von den „Christlichen“ gestempelt. Ein böserer Reinfall ist dem Blatte noch nicht bereitet worden.

Gingefandt.

Unsere Kraft.

Die Polemik über den § 9 unseres Statuts naht ihrem Ende. Ein außerordentlicher Verbandstag wird von der Verbandsleitung einberufen. Eine neue, vielleicht frisch belebende Polemik wird entstehen. Kaum ein Jahr nach der Verschmelzung wird ein oberer Einigkeit am Statut vollzogen werden müssen. Ich nehme das Protokoll der 15. Generalversammlung (Hamburg) zur Hand. Ich durchblättere dasselbe, und ein Gebilde entfaltet sich vor meinen Augen. Ein Ringen nach größerer Vollkommenheit durchzieht wie ein belebendes Gaudy die Verbrüderung. Durch die Macht der Klaffengegenstände und der hieraus sich resultierenden Pfaffenkämpfe wurden die Hände der Arbeit fest ineinander gedrückt. Von kleinen Anfängen in gruppenmäßiger Gestaltung hat sich unser Verband zur weitgehenden Zentralisation entfaltet. Abwehr und Angriff hat sich in schnellerem Tempo vollzogen. Die letzte Nummer (13) unseres Verbandsorgans ruft uns mit zwei Worten „Mehr Kampforganisation“ die Quintessenz, das Alles in sich fassende Begehren einer Organisation, zu. Jawohl, ohne Kampf keine weitere Entwicklung des materiellen wie des geistigen Lebens! Soll aber eine Organisation auf dieser Grundlage, wie ein Fels im Meer, erhalten bleiben, dann müssen andere Formen nicht das herbeizwingende Moment bedeuten.

Durch den § 9 des Statuts, Arbeitslosigkeit betreffend, abgesehen von wenigen Tagen Auslegung — hat man sich zu einer

Wird erhoben, die alles andere, nur nicht den besessenen Geist, die Liebe zur Organisation, in sich aufnimmt. Bitterer Unrecht soll diesen und jenem durch Vorenthaltung der Arbeitslosenunterstützung geschehen sein. In die Welt schreit man hinein: § 9, siehe mir zur Seite, errette mich! Und wenn dieses nicht geschieht, dann Organisation, bist du es nicht wert, daß du bestehst. Zerstücke in ein Nichts und gehe in die Verenkung! — Nein, wir wollen nicht am starren Buchstaben hängen, wenn er auch das vermeintliche Recht in sich schließt. Ist die Gefahr vorhanden, daß eine Form durch starre Buchstaben starr, dann muß der treibende Geist von Neuem eine Organisation besetzen und beleben. Übergangsstadien müssen aberwunden werden. Aber die Kraft kann aber eine Organisation nicht hinaus; und das ist wohl jedem klar, daß die gegenwärtige Situation durch einen Verbundtag geklärt werden muß. Laßt den alten Idealismus wieder aufkommen und, über Kleinigkeiten hinweg, setzt das Ganze und Große ein.

Eingefandt.

Der § 9 unseres Statuts hat in letzter Zeit die Gemüter der Verbändkollegen etwas in Erregung gebracht. Es ist zwar schon vieles darüber geschrieben worden, jedoch ist es Pflicht, daß sich jeder Kollege ernsthaft mit der Frage befaßt: Ist die Auslegung des § 9 seitens des Vorstandes und Ausschusses richtig oder nicht? Ich muß diese Frage mit „ja“ beantworten. Unter arbeitslos versteht man Kollegen, welche wirklich arbeitslos — also ohne Arbeit — sind. Diejenigen, welche nur einen Tag oder mehrere Tage ausbleiben, sind doch im Sinne des § 9 nicht arbeitslos. Sie haben doch noch Arbeit, nur daß sie wegen Invenitur oder Vorkauf, daß es sich nicht lohnt, zwischen Weihnachten und Neujahr zu arbeiten, ausbleiben müssen. Hier hat doch Vorstand und Ausschuss solchen Kollegen noch entgegenkommen gezeigt, indem er den bekannten Beschluß faßte. Wenn dieser Beschluß nun solchen Kollegen nicht gefällt, so bin ich der Meinung, daß hier die Organisation als solche in Funktion treten muß, um den Herren Fabrikanten plausibel zu machen, daß wenn der Arbeiter nicht arbeitet er auch nichts zum Leben hat. Wenn in den betr. Orten, wo alljährlich nach Weihnachten dieses famose Ausbleiben gang und gäbe ist, die Kollegen in dieser Weise vorgeht werden, so werden sich die betr. Unternehmer wohl oder übel dazu veranlassen müssen, Stenobur zu schaffen. Es ist ja begreiflich, warum sich die Kollegen um Unterstützung bemühen, aber ich möchte doch einmal die Frage aufwerfen: Wer hat denn früher die Lage dieses Ausbleibens entschädigt, als im Verbands die ersten drei Tage keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde? Meines Erachtens doch wohl niemand. Die Kollegen von Jöhndorf und den anderen Orten sollten wirklich der vorjährigen Generalversammlung dankbar sein, daß sie diese Karenzzeit bei der Arbeitslosenunterstützung abgedeckt hat. Anstatt dieses zu tun, forderte sie dreißig und gottesfürchtig, zur nächsten Generalversammlung nur Delegierte zu wählen, die mit dem jetzigen Vorstand und Ausschuss nicht einverstanden sind. Sie setzen sogar allem die Krone auf, indem sie direkt dazu anfordern, die langjährigen bewährten Vorstandsmitglieder einfach abzulegen. Man sollte bald meinen, daß man es nicht mit Kollegen zu tun hat, welche für die Verbesserung der Lage der Arbeiter streben. Mit solchen donnernden Beschüssen untergräbt man die Organisationsarbeit, entzweit die Mitglieder und liefert geradezu dem Gegner Material in die Hände. Was nun das vom Vorstand und Ausschuss bewilligte Ruhegehalt für einen Gauleiter anbetrifft, bin ich der Meinung, daß dieselben in diesem Falle gar nicht anders handeln konnten. Hätten sie jedoch anders gehandelt und hätten den betr. Gauleiter einfach nur nichts dir nichts abgesetzt, weil er durch seine Tätigkeit für unsere Organisation seiner Kräfte beraubt ist, so hätten sie bestimmt, ja geradezu frivolo gehandelt. Trotz dieses Beschlusses braucht unsere Organisation doch nicht zu einer Pensionskasse gekempelt zu werden. Wir wollen als Arbeiter doch menschlich handeln und menschlich denken und uns nicht wie die profitierenderen Kapitalisten gebenden.

Wils (M.H.)

Oskar Eise.

Eingefandt.

Die letzten Nummern des Tabak-Arbeiter brachten uns die überraschende Mitteilung, daß unser Verbandsvorstand die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages in aller nächster Zeit beabsichtigt. Er tut das vornehmlich, wie gesagt wird, im Hinblick auf die verchiedenen Polemiken, die auf Grund seiner Auslegung des § 9 unseres Statuts in Mitgliederkreisen seit kurzem geführt werden. Eigentümlich — so muß der Unterzeichnete gestehen — berührt es, daß über eine Sache, über die ebendem völlige Klarheit zu herrschen schien, plötzlich die Geister erhitzen aufeinander stoßen. Dem Unterzeichneten sind die verchiedenen Fälle bekannt, in denen der Vorstand ganz anders handelte als heute, und er weiß, daß wohl nur mit ganz vereinzelten Ausnahmen die Bevollmächtigten auch nach der Hamburger Generalversammlung der Ueberzeugung waren, daß, wie bis dahin, auch bei Aussehen Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird — bis plötzlich die Bekanntmachung des Vorstandes etwas anderes lehrt sollte.

Wie soll, oder besser, muß man sich diesen Meinungsumschwung des Vorstandes erklären? Ganz falsch, ja unfinnig wäre es, diesem unjohales Empfinden oder wohl gar Bosheit vorzuwerfen; nein, Kollegen, die Gründe sind tiefer zu suchen und unglücklicher zu finden, wenn wir den letzten Tabak-Arbeiter genauer studieren. Da wird uns in einem längeren redaktionellen Artikel eine alte Weisheit aufgedeckt. Mehr Kampfeorganisation soll unser Verband werden, und sei es selbst auf Kosten der vor einigen Monaten als einwandfrei erklärten und in diesem Sinne beschlossenen Unterstützungsleistungen. Mehr denn je gehen wir gewaltigen Kämpfen mit dem vereinigten Unternehmertum entgegen, mehr denn je ist die elende Lage der Tabakarbeiter aufbesserungsbedürftig, heißt es dem Sinne nach weiter. Du lieber Himmel! Wie gesagt, alte Weisheiten. Reduzierte man mit diesen nicht auch schon vor Hamburg? Warum erhöhte man dann die Unterstützungen in verhältnismäßig enormer Weise? Man kann doch unmöglich annehmen, daß man dies nur der lieben Augen der 3000 Sortiererkollegen wegen tat.

Wir haben eine so große Anzahl besoldeter Verbandsfunktionäre, die täglich, stündlich in der praktischen Arbeit stehen, die Ge-

logenheit in Fülle und Fülle haben, die Entlohnung der verchiedenen Dinge in unserem Gewerbe zu verfolgen. Wüßten diese denn nicht schon vor zehn Jahren, wie der Wind weht? Man lasse den Einwand, nicht die Funktionäre, sondern die Generalversammlung hat die Statuten beschlossen. Die Dinge liegen so, daß die von den Praktikern genügend aufklärten Delegierten nur das beschließen können, was den Geboten der Vernunft und Logik nicht entgegensteht. Der weltfällige Kampf lag bereits längst hinter uns, als das neue Statut beschlossen wurde; die Masse war arg zusammengeschnitten, lange vor Hamburg, trotzdem ist man sich erst heute klar, daß das Programm der nächsten Generalversammlung lauten wird:

Erhöhung der Beiträge resp. Mäßigung der Unterstützungen, die leicht auch beides.

Und nun komme ich zum Schluß dazu, den sich in ihren Eingebanden bisher befindenden Kollegen, die es meiner Ueberzeugung nach sämtlich nicht schlecht meinen, einiges zu sagen. Nicht einmal, statt euch einander in gegenseitiger, unwürdiger Weise zu bekämpfen, obigen von mir angeführten Grund mit in Betracht! Verlangt von euren Funktionären genauere Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse, damit endlich dieser unglaubliche Zustand, bei jedem Verbandstag — zukünftig vielleicht alljährlich — eine grundsätzliche Reorganisation unseres Verbandes vorzunehmen zu müssen, verschwindet. Wohin sollen wir sonst kommen und wie unsere jetzt so unsichere und zerbrechliche Sache den neu gewonnenen und noch zu gewinnenden Kollegen und Kolleginnen gegenüber vertreten, wenn keine gründliche Veränderung eintritt? Wir verlangen Idealismus und Tatkraft, wie die Dinge heute liegen, unerfüllbarem Materialismus Vorschub.

Können wir uns dann noch wundern, wenn die Pensionierung von gewissen Gauleitern auf starken Widerstand stößt? Auf der einen Seite nehmen und auf der anderen geben, reimt sich nur einmal nicht gut zusammen, wenn man den Boden der Realität unter den Füßen verloren hat.

Karlruhe, 30. März 1913.

Erich Richtenberg.

Berichte.

Wilde. Im vorigen Herbst brach hier bei der Firma Carl Wellenfel & Co. ein Streit aus. Der Streit war eine Folge der schändlichen Behandlung der Arbeiter durch den Meister Bergmann. Die Arbeiter waren am Jahresabschluss alle anderweitig in Arbeit. Die Sperre wurde trotz schlechter Geschäftslage hochgehalten und auch durchgeführt. Am 1. April hat nun Meister Bergmann seinen Posten und seine Dienstwohnung aufgeben müssen. Ein neuer Meister ist an seine Stelle gekommen. Die Sperre über die Fabrik ist daher aufgehoben. Die Händler Tabakarbeiter haben gezeigt, was durch festes Zusammenhalten erreicht werden kann.

Schönlanke. Am 30. März fand hier eine Mitgliederbesprechung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wie gedenken die Mitglieder über § 9, betr. Arbeitslosenunterstützung; 2. Kartellbericht; 3. Wahl zweier Kartelldelegierten; 4. Derzeitige Angelegenheiten. Beim Punkt 1 erfolgte eine rege Aussprache. Die Versammlung protestiert gegen die jetzige Auslegung des Vorstandes betr. § 9. Ein Antrag lautete, daß der § 9 die statistische Fassung behalten soll. Zum Punkt 2 gab Kollege Herzog einen ausführlichen Kartellbericht. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Schnabel und Vogel gewählt. Als Bibliothekar wurde der Kollege Pein gewählt. Zum Schluß wurden noch einige dringliche Angelegenheiten erledigt. Besonders forderte Kollege Schnabel die Mitglieder des Konsumvereins auf, den Verein besser zu unterstützen.

Trebnitz. Am 30. März fand hier eine Mitgliederbesprechung statt. Gauleiter Clement besprach in längeren Ausführungen die Aufgaben eines Gewerkschaftskartells, wobei er besonders hervorhob, wie notwendig es ist, daß die Gewerkschaften eines Ortes sich zu einem Kartell zusammenschließen. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Ruppé, Wagner und Schneider gewählt. Im weiteren sprach Kollege Clement über die in nächster Zeit in Kraft tretende Volksfürsorge und empfahl den Mitgliedern, keine Beiträge mit irgend welchen Agenten abzugeben, sondern zu warten, bis die Genehmigung des Privatversicherungsamtes zu unserer Volksfürsorge erfolgt ist. Der Versammlungsbesuch ließ sehr zu wünschen übrig; die Hälfte der Mitglieder findet es nicht für nötig, zu erscheinen und meint wohl, es genügt, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, so daß sie damit schon ein gutes Mitglied sind. Den Trebnitzer Kollegen und Kolleginnen möchten wir raten, sich mehr um ihre Verbandsinteressen zu kümmern und alles übrige beiseite zu lassen; nur dann können wir unsere Organisation hochhalten.

Witten. S. Wenn man von den Sortierern und Ristenbellebern berichten kann, daß sie sich durch straffe Organisation, wenn auch nicht gerade gute, so doch halbwegs erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen haben, kann man solches von den jetzigen Zigarrenarbeitern nicht sagen. Es ist geradezu skandalös, was die Unternehmer mit ihrem warmen Herzen ganz besonders für die Zeigarbeiter, unseren Kolleginnen, zu bieten wagen. In dem entlegenen badischen Dorfe können die Lohn- und Arbeitsbedingungen für diese nicht trauriger sein. J. B. sucht Fabrikant Schreiber gute Zigarrenarbeiter im Amtsblatt und was bietet er einer antragenden Kollegin? Sage und Schreibe 5 M bei Lieferung von Tabak in trockenem Zustande. Daß eine organisierte Kollegin, die halbwegs anständige Arbeit liefert, für einen derartigen Lohn nicht arbeitet, darf man ihr wohl nicht übelnehmen. Die Firma Behold & Eroll Nachf. hat vor nicht allzu langer Zeit einen Meister namens Probst, zuletzt in Frontenberg, eingestellt. Dieser Herr versteht es ausgezeichnet, den Chef für seine finanzielle Befestigung zu interessieren, während er für die Arbeiter Neuhetten mit Lohnzulagen durchsetzt. So ist vor 14 Tagen abgerippte getrocknete Einlage zu liefern eingeführt worden. An sich eine für die Zigarrenarbeiter sehr erfreuliche Sache. Aber wie nicht anders zu erwarten war, erfolgte eine ganz gehörige Reduktion (40 bis 80 % pro Mille) der ohnedies schon außerordentlich schlechten Löhne. Das alles müssen sich die Zigarrenarbeiter gefallen lassen, weil sie in ihrer Mehrzahl nicht begreifen wollen, daß im Zusammenschluß in einer starken leistungs-fähigen Organisation die beste Gewähr zur Eringung besserer und

menschwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt. Es soll durchaus nicht gesagt sein, daß bei den anderen am Orte befindlichen Firmen die Verhältnisse besser sind. Löhne von 5 M an finden wir bei den meisten Firmen. Doch an diesen Umständen zum guten Teil die organisierten Gewerkschaftskollegen die Schuld tragen, muß leider konstatiert werden. Dieselben Genossen, die es für sich als etwas ganz selbstverständliches halten, ihrer Berufsorganisation anzugehören, sind nicht dazu zu begehren, ihre Frauen oder Töchter der Organisation zuzuführen, und liefern sie dem skandalösesten Lohnbruch aus. Das wird jedenfalls anders werden müssen. Schon heute möchten wir die Kolleginnen und Kollegen auf die am Mittwoch, den 28. April, in der „Muldenterrasse“ stattfindende Tabakarbeiterversammlung aufmerksam machen. Kollege Rich. Busch-Waldborn wird in derselben über „Lohnverhältnisse und Minimallohn“ sprechen. Entfaltete lebhafteste Propaganda! Sorgt für zahlreichen Besuch dieser wichtigen Versammlung!

Eingegangene Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 27. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: An Albanien. Von Hermann Wendel. — Das Proportionalwahlrecht. Von J. Leder. — Die sozialistische Lösung der Landarbeiterfrage. Von U. Hofer (Wien-Laufen). — Ein Kämpfer des Islam. Von W. van Ravesteijn (Rotterdam). — Literarische Rundschau: Charles Albert und Jean Duchêne, Le Socialisme revolutionnaire, son terrain, son action, son but. Von Z. L. — Zeitschriftenschau. Von J. Rätgen.

Mit diesem Heft beginnt das Abonnement für das zweite Semester des 31. Jahrgangs. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postporteurs zum Preise von 3,25 M pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 14 des 23. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Internationale Pflicht. — Von der Tagung der christlichen Heimarbeiterinnen. Von G. H.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ludwig Nyland. Von Otto Wittner. — Etwas von der Kindererziehung. I. — Feuilleton: Drei Lohde. Von Leo Tolstoi. — Für unsere Kinder: Tobakstreifen. Von Guido Ghras. (Geht.) — Die Schlacht bei Groß-Görschen. Von Erdmann-Charitän. — Der Zaubertrick. Von Gottfried Keller. (Geht.) — Wet den Galinos IV. — Der arme Müllerbursch und das Kästchen. Von Veitd. Grimm. — Die Tinte. Spruch von Goethe.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 8. Nummer des 30. Jahrgangs, 16 Seiten stark, erschienen, und bringt aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Todestages von Josef Diegler eine Abhandlung über den Arbeiterphilosophen aus der Feder Konrad Schmidts nebst einem Porträt Dieglers.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. B. Diez Nachf., K. n. L. S., in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Postporteurs zu beziehen.

Im Verlage von Julius Springer, Berlin W. 9, Unterstr. 23/24, ist soeben der neue Leitfaden zur Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches erschienen. Er ist bearbeitet von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Sein Umfang beträgt 52 Seiten Oktavformat, der Einzelpreis 40 Pf., bei 25 Stück und mehr je 35 Pf., bei 50 Stück und mehr je 30 Pf., bei 100 Stück und mehr je 25 Pf.

Neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch hat die Reichsversicherungsordnung für das ganze Volk die größte Bedeutung. Selber sind die Vorschriften dieses umfangreichen Gesetzeswerkes in weiteren Kreisen der Bevölkerung noch wenig bekannt. Es ist daher zu begrüßen, wenn mit der Durchführung des Gesetzes betante, erfahrene Fachleute durch eine zusammenfassende vollständige Darstellung zur Verbreitung der notwendigen Gesetzeskenntnisse beitragen. In diesem Bestreben schließt sich der neue Leitfaden dem alten, der 13 Auflagen erlebt hat, würdig an. In sechs Abteilungen behandelt er die Entwicklung der Arbeiterversicherung, die Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, das Verfahren und die Wirkung der Arbeiterversicherung. Beigegeben sind die Hauptergebnisse aus der Statistik 1895 bis 1911 mit einer graphischen Darstellung über Umfang, Ausgaben und Leistungen der drei Versicherungszweige und ein Literaturverzeichnis.

Der Leitfaden, dessen Verfasser sich in der Beherrschung des umfangreichen Stoffes und in seiner klaren, gemeinverständlich Darstellung als Meister zeigen, ist hervorragend geeignet, nicht nur die Versicherten über ihre Rechte und Pflichten sachgemäß zu unterrichten, sondern auch den weitesten Volkstreffen Grundzüge, Wesen und Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung klarzulegen. Er kann daher wohl den Versicherten als auch den Versicherungsvertretern und den sonstigen an der Arbeiterversicherung interessierten Personen angelegentlich zur Anschaffung empfohlen werden. Die billigen Partienpreise erleichtern den Massenbezug durch Arbeitgeber für ihr Betriebspersonal, durch Behörden und Versicherungsträger für ihre Angestellten, durch Volks- und Fortbildungsschulen, gemeinnützige Vereine, Arbeitersekretariate, Gewerkschaften usw.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Jgheoe: Bei Eurer Versammlungsanzeige war kein Datum angegeben, so daß sie nicht veröffentlicht werden konnte.



Soeben erschienen:
Liste 202

Deutschlands grösstes Wickelformenlager
für gebrauchte Formen mit ca. 700 Abbildungen. Zusendung kostenlos sofort!

Neu erschienen!
Tabakgeschäft Otto Brandes
BREMEN, Westerst. 90
Sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation zu billigsten Preisen. Versand nur per Nachnahme.

Officiere bis hundert Zentner
gemischte fertige Zigareneinlage
pro Pfund 95 Pf. bei Abnahme von 100 Pfund 90 Pf. — M. Franko
Zufassung. Hoheffene Mischung zu 5 A-Zigarren. III. Preisliste gratis
und franco. Versand nur unter Nachnahme. [13]
Bernhard R. Müller, Magdeburg, Pirnawallstr. 9.
Tel. 100. Postamt: Berlin, Postfach 100. — Sept. 1886.

Rehtak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Filtale Berlin N.,
Brunnenstraße 25. [25]

Carl Roland, Berlin SO.
Rottbuserstraße 4. [51]
Sumatra - Stückblatt
große 2. Blattlänge, sehr viel helle
Farben enthaltend, Blätterweiß
Brand, vortrefflich haltend, pro
Pfund nur 4 Pf.

H 445 Ballen Loros/AB in fahlen Decktabaken F

Aus meiner in der Einschreibung vom 19. März geschlossenen gekauften Partie

offerierte ich kernige und gesunde reifbraune **Bezoeki-Aufarbeiter** von allerfeinster Qualität, tadellos brennend, leicht auf der Hand;

Nr. 1878. Loros. Blattige 4. Länge, rundes, volles Blatt	Mk. 1.25
Nr. 1879. Loros. Sehr blattige 3. Länge, viel Umblatt	Mk. 1.30
Nr. 1880. Loros. Sehr blattige 2. Länge, sehr viel Umblatt	Mk. 1.40
Nr. 1881. Loros. Sehr blattige 1. Länge, sehr viel Umblatt	Mk. 1.50

Transitpreise von 50 Pfg. per 1/2 kg ab Berlin

Ich biete hiermit schon in niedriger Preis-lage Lavatabake von feinstem Geschmack!

für die feine Fabrikation

Verlangen Sie Franko-Zusendung der Spezialofferte!

Sehr preiswerter
:: Vorstenlanden-Linksroller ::
Nr. 1877. Vollblatt 2. Länge, sehr hell, weisser Brand, sehr deckfähig Mk. 2.60

Ueber 100 verschiedene moderne Fassons von

gebrauchten Formen

neu eingetroffen. Jetzt ca. 400 verschiedene Fassons vorrätig!
Billige Verkaufspreise! Fordern Sie Musterbogen!

Gebrauchte Utensilien: Trockenrahmen à 30 Pfg. Pappkartons
Rollbretter von 40 Pfg. ab Schragen
Zählbretter à 30 Pfg. Formenpressen
Presskästen, verstellbar Kistenpressen usw.
Fordern Sie Spezialofferte!

Decken Sie jetzt Ihren Bedarf!

Heinrich Franck

Gegründet 1879 Berlin N. 54
Postcheckkonto: Berlin 1738 :: Brunnen-Strasse 22
Telephon: Amt Norden 4353

Millionären

M. Diamond, München
Buttermelcherstrasse 5

Verlangen Sie noch heute die verbindliche Katalog 88, welcher Ihnen gratis und franco zu Diensten steht. Die bedeutendsten Vorteile, welche ich Ihnen biete, werden Sie beim Lesen erkennen.

Selbst-Anzüge, 1- und 2-reihig	von M. 10-40
Schwalbenschwanz-Anzüge	7-35
Schrad-Anzüge, schwarz und Modifarben	10-40
Frack- und Smoking-Anzüge	10-45
Engelne Westen und Sätze	3-10
Wohner engl. Mäntel, 1- und 2-reihig	6-30
Prachtbesucher	4-18
Sammt-Mäntel in allen Farben	14-30
Stadt-Regie	60-200

Größe Anweisung für hochfeine neue Garderobe zu staunend billigen Preisen.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 **Neustadtweg 36** Fernsprecher 3948

empfehlen in bekannter, preiswürdiger Weise:

Sumatra-Decker, Rollblatt, 185, 200, 220, 240, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500	4
Sumatra-Umblatt, Rollblatt, 155, 180	4
Java-Decker buntel 220, hell 280, 290, 300, 320	4
Java-Umblatt 140, 155, 160, 185	4
Java-Einlage 95, mit Umbl. 110, 120, 130	4
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320	4
Brasil-Decker 175, 200, 210	4
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160	4

Bidelformen neu und gebraucht in allen Fassons von 50-150 Mk. Schiffchen-Abdrücke sende gratis und franko. Neue, schmeldeisernerne Formenpressen mit Klagenwinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 Mk. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Reibkraft, per Pfd. 250 Mk. Zigarrerbund pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130, 150. Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 Mk. Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstr. 14.

Neu eingetroffen! Neu eingetroffen!

Krian Vorstenlanden Kehrdecker No. 7316
1. Länge Vollblatt, helle stumpfe Farben per Pfund Mark 3.50 verzollt.

Tingi Bezoeki-Umblatt No. 7294, ff. Qualität, 1. Länge per Pfund Mark 1.65 verzollt.

Verlangen Sie meine neueste Rohtabak-Preisliste!

Ferner empfehle

Gebrauchte Formen

in sehr vorteilhaften Facons je nach Ausfall von Mk. 0.40 per Stück an

Bemusterte Offerte sofort
:: gratis und franko ::

Für Utensilien Musterzimmer u. Verkaufslager in Hamburg:
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 3482
Bismarckstr. 11, 1111
Seitensquelle jantlicher Tabake empfohlen

Sumatra-Decker (juncweiger) 180, 200, 220, 240, 250, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500

Sumatra-Umblatt (Rollblatt) 140, 150, 160, 170, 4. Stundblatt 130, 140, 150

Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350, 4. (mittel) 200, 230, 240, 250

Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 135, 140, 150, 160, 170

Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115

Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 260, 270, 300, 320, 350

Brasil-Decker 170, 180, 200, 230, 240

Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 130, 135, 140, 150, 160

Domingo-Einlage 110

Carmen-Umblatt 105, 110, 120

Sumatra-Einlage 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500

Hermeking & Bay
Berlin I., Brunnenstrasse 103

Sumatra-Decker, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Länge à 250 bis 500, hell ff. 600

Vorstenlanden-Decker, buntel, heller Mexiko-Ertrag, à 260, 4. helle Reibe à 300-400

Java-Einlagen à 110-125

Java-Aufarbeiter à 130-145

Java-Umblatt à 150-160

Mexiko-Decker ff. 450

Brasil à 150-190, **Decker** à 350

Havanna à 350, **Guba** à 200

Domingo à 130-170

Carmen à 120-155

Uckermark à 105

Java (Stundblatt) à 105, mit Deckblatt-Kamponen à 125

Wickelformen, gebrauchte, auf gelblich-weißen Rückseite gratis und franko

12 Formen oben u. unten leicht perforiert, Holzschiffchen, Goldschiffchen in jeder Größe, Führung, Leinwand, Leder, Holz, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof
Giro-Konto: Rechtsbank, Bünde. Postcheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam. Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen. Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zolldredit. Spezialität in Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1-Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grasses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.
Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Fostkoll aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ansverkaufter Tabake Durchschnittspreis I. Sortierung per Pfund 3.00 Mk. verz. II. Sortierung per Pfund 2.50 Mk. verz. III. Sortierung per Pfund 2.00 Mk. verz. von Umbl. u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt. II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt. Gedünstene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10/Mk. verzollt.

Probe-Postpakete von 2 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel und Nebereinkauf. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

Rohtabak.

Nur gutbrennende Tabake:

Sumatra-Decker, hell, 2. u. 3. Länge, 280, 300, 400, mittel hell 190, 210, 220, 240, 250, buntel 180, 270, 4. alles Rollbl., Umblatt 165, 180, Einlage u. Umblatt 135, Vorstenland-Decker, hell 280, 350, buntel, Brasil-Ertrag 200, 210, 220, 230, 4. Java-Umblatt 120, 130, 140, 150, 160, 165, Einlage u. Umblatt 120, 130, 4. leichte Art: Carmen und Domingo-Umblatt 125, Seedleaf Umblatt 130, 140, Mexiko-Decker 180, 300, 4. Brasil-Decker 230, 250, Einlage u. Umblatt 130, 140, 150, 160, 4. Brasil- u. Havannablätter 140, 4. Havanna-Einlage, Umblatt, 4. Decker 280, 4. mit tadellosem Brand, losgut, rein überjeische, bestehend aus Java, Domingo, Brasil, Savana, Carmen, Sumatra, Seedleaf, Blätter, (Probekuchen losgut) 110, 4. normal 110, 120, 4. Versand nur gegen Nachnahme.

H. Hösemann - Bremen
Rohtabakhandlung
Hofstr. 28, 105. — Telephon 2880

Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigen Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ja. Referenzen

Geliefene Tabak-Arbeiter

haben ein ganz hervorragendes Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

H. Hösemann - Bremen
Rohtabakhandlung
Hofstr. 28, 105. — Telephon 2880